

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1919**

145 (26.6.1919)

# Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Postkasten monatlich 1.80 M., vierteljährlich 5.00 M., angekauft durch unsere Träger monatlich 1.40 M., vierteljährlich 4.20 M.; durch die Post 1.44 M. bzw. 4.32 M. vorauszahlbar. Ausgabe: Freitag mittags; Geschäftszeit: 7 1/2-11 und 2-4 1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 451. Anzeigen: Die Typsetzerei od. deren Raum 25 A, zuzügl. 80 % Zeitungsgebühr. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde 1/2 Vorm. für größt. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Sed & Cie., Karlsruhe.

## Der Arbeitsbegriff des Sozialismus.

Von Hauptlehrer R. G. Gaebler-Liedolsheim.

Unsere Kinder lernen in einer der ersten Stunden des Religionsunterrichts die Geschichte vom Sündenfall. Ein schönes, tief sinniges Märchen. Zwei Menschen leben in holdem Nichtstun dahin. Die Früchte, deren sie zum Leben bedürfen, wachsen in ihrem Garten; sie haben Ernte ohne Arbeit zu haben, ihr himmlischer Vater ernährt sie. Aber sie werden ungehörig. Und auf Ungehörigkeit folgt Strafe. Sie müssen das Paradies verlassen; werden hinausgeschoben in eine harte, wirkliche Welt. Ihren flüchtenden Schritten dröhnt der Fluch nach: Verflucht sei der Acker um deinetwillen, mitummer sollst du dich darauf nähren dein Leben lang. Dornen und Disteln soll er dir tragen und im Schwelge seines Angewandten sollst du dein Brot essen. Arbeit wurde religiöser Fluch. Arbeit ist eine Last, die wir tragen um der Sünde willen. Arbeit heißt ein Ausgebeutetwerden des Menschen durch Gott. Unter diesem fluchhaften Arbeitsbegriff hat die Menschheit gelitten und steht heute noch darunter. Dieser Arbeitsbegriff ist wahrhaftig ein Fluch geworden und geworden für die ganze Menschheit.

Wie kam der religiöse Denker, der jene Erzählung des 1. Buches Moses schrieb, zu diesem Arbeitsbegriff? Er sah die ungeheure Mühseligkeit der Arbeit, mit der ein zur Landwirtschaft übergehendes Nomadenvolk den Boden fruchtbar machen mußte. Primitive Arbeitsmittel, südliche Sonne, verblühte Menschen; alles das mußte der Arbeit den Charakter eines Fluches geben. Schmeckt nach einem schönen Leben, was alles ohne große menschliche Mühe geschieht, zauberten ihm das Paradies vor; und aus diesem Gegensatz heraus wurde Arbeit immer mehr zu etwas Niedrigem, Fruchtlosem, zu etwas, das nicht Sache des freien Menschen, sondern Sache der Unterworfenen, der Sklaven war. Die volkswirtschaftlichen Verhältnisse des ganzen Altertums von der primitiven Landwirtschaft der ersten Ackerbauer, von der selbstverdergerischen Struktur des antiken Sklavenstaates bis zum Großgrundbesitztum des römischen Reiches, von der Leibeigenschaft des Mittelalters bis zum modernen Grundbesitzertum Napoleons; immer war dieser Fluch der mühsamen Ackerbebauung eine harte Tatsache der Wirklichkeit. In Wasserpflanzern hat es leicht, diesen Fluch förmlich seinen Dörfern ins Gewissen zu hämmern.

Sieher änderte die mit der fortschreitenden Kultur sich immer mehr durchsetzende Arbeitsleistung nichts. Der Handwerker blieb in den meisten Fällen unter den alten Fluch gestellt. Noch deutlicher mußte dies der Fabrikarbeiter des 19. Jahrhunderts empfinden. Mit der immer größeren Mechanisierung des Kapitalismus ging die Steigerung des mechanischen Arbeitens der Arbeit in Hand. Der arbeitschwer oder handwerklich überludene Kapitalismus des Mittelalters hatte bereits einen deutlichen Ausbeutungscharakter, oft in sehr krassen Formen. Die Volkswirtschaft der modernen Zeit nahm vollends jede Last auf nur kleinsten Selbstwert in ihr unerträgliches Gewicht. Die Industrie schob die Massen des arbeitenden Volkes vollends unter diesen Fluch; gesteigert durch die immer deutlicher werdende Ausbeutung des werktätigen Volkes durch den Kapitalismus des Einzelnen oder einer profitmachenden Gesellschaft. Arbeit wurde zu einer nackten Notwendigkeit für Millionen, ihr kümmerliches Dasein zu fristen. Millionen stunden unter dem Fluch, damit wenige in einem wirtschaftlichen Paradies wohnen konnten. Die schrankenlose Freiheit menschlicher Gesinnung tat das nötige dazu, um die Arbeit immer mehr ihres sittlichen Charakters zu entkleiden und immer mehr an keine Stelle jenen Fluch zu setzen. Seine Krönung hat dieser Fluch in der Erfindung des Taylorismus gefunden, da den Menschen als Arbeitsmaschine mit einer bestimmten Kraftsumme in die Volkswirtschaft einsetzt. Die Zeiten haben sich gewandelt; der Fluch eines unformberzigen und eigenmächtigen menschlichen Willens ist geblieben.

Während so das handarbeitende Volk nie einen anderen Arbeitsbegriff erhalten konnte als eben den, daß die Arbeit ein Fluch sei, wobei es letzten Endes gleichgültig ist, ob man diesen Fluch religiös oder volkswirtschaftlich begründet, gab es neben dieser durch die Jahrhunderte hindurch konstanten geistigen Einstellung auf die Arbeit eine andere, wesentlich freiere und richtigere, wenn auch nicht richtige. Hier war Arbeit nicht mehr Fluch, sondern eine Erfüllung des Persönlichen. Arbeit wurde hier zu ästhetischer und individueller Tat. Es hängt dies damit zusammen, daß bei bestimmten, insbesondere den geistigen Arbeiten die Arbeit schon als solche eine Befriedigung des Einzelnen von Ideen, Anschauungen, Gefühlen, Willen ist. Hier wird die Arbeit häufig nicht mehr als „Arbeit“ empfunden, sondern als Gestaltung der besonderen Eigenart. Die Arbeit des Gelehrten, des Künstlers, des Priesters, auch die des Lehrers in vielen Fällen ist nicht mehr Fluch. Sie ist Auswirkung seiner Weltanschauung — also eigentlich keine Arbeit mehr, sondern Tat. Immerhin, soweit solche Arbeit innerhalb eines organischen Ganzen geleistet wird, wie zum Beispiel beim Bauwesen, ist dies wohl Arbeit — aber niemals ist etwas, das als Fluch empfunden wird. Denn hier wurzelt die Arbeit in der Individualität des Arbeitenden, sie ist also von vornherein idealistisch bestimmt und darum kann sie an sich

keinen Fluchcharakter haben. Der Arbeitsbegriff ist also hier idealistisch-individuell bestimmt und entspricht demnach dem materialistisch-individuellen Arbeitsbegriff des Unternehmers. Auch er arbeitet und auch er empfindet seine Arbeit keineswegs als Fluch; denn seine Arbeit fließt reproduktiv während über das Lebensnotwendige hinaus; seine Arbeit fließt nicht unter einem Fluch — wie er meint — sondern unter einem Segen: unterm Profit. Sie gibt ihm ein Mehr an Lebenskraft in wirtschaftlicher und, da ihm gewisse Bildungsmittel und künstlerische Veredlungserwartungen seines Daseins dadurch zur Verfügung stehen, auch in idealer Hinsicht. Auch hier, beim Unternehmer, ist also Arbeit eine Steigerung der Persönlichkeit, seines Willens, seiner Neigungen, ist also, wie beim Künstler, Gelehrten, Gelehrten, nicht eigentlich Arbeit mehr, sondern Tat. In beiden Fällen ist das gemeinsame an ihrem Arbeitsbegriff die Umkehrung ihres „freien“ persönlichen Willens in die Tat.

Beide Auffassungen der Arbeit, sowohl die als religiös-volkswirtschaftlicher Fluch, wie die als individuelle Tat, sind in ihrem Kern unsozial. Welches ist nun der Arbeitsbegriff des Sozialismus? Wir haben diesen Arbeitsbegriff in gewissem Sinne auch schon. Und zwar ist er, zum Teil wenigstens, in unserer Beamtenchaft vorhanden und wird dort Pflichtbewußtsein genannt. Hier wird die Arbeit als eine „sozialische“, gesellschaftliche Notwendigkeit empfunden. Natürlichkeit: denn der Beamte arbeitet nicht, weil er nun in seinem Beruf eine individuelle Tatbefriedigung ausüben will, obwohl die Gesamtheit allmählich sich fugehlich in diese Richtung einstellen kann; andererseits geht seine Arbeit in den meisten Fällen der Charakter des Fluches ab, weil eine gewisse Bildungshöhe und die Form seiner Arbeit ihm deutlich den Zusammenhang zeigt, in welchem seine Arbeit zum Kulturguten steht. Von einzelnermännlichen Bürokratismen abgesehen, ist im Beamten das Gefühl lebendig, daß seine Arbeit ihren Zweck in der Allgemeinheit hat, daß er der Gesellschaft dient, an seiner Stelle, mit seinen besonderen Kräften und innerhalb der ihm von dem Vorgesetzten, vom Staat oder der Gemeinde gestellten Ziele. Es ist klar, daß in dieser Auffassung der Arbeit der Arbeitsbegriff des Sozialismus steckt. Hier ist die Arbeit nicht mehr Ausbeutung durch einen Unternehmer (wenigstens in der Idee nicht) und andererseits ist für ihn Arbeit auch nicht eine materielle Ausnutzung seiner Kräfte um für sich als Einzelnen irgend einen Profit zu ziehen. Er ist an dem finanziellen Ergebnis seiner Arbeit nicht persönlich beteiligt; er tut seine Pflicht, und es ist Sache der öffentlichen Erziehung seines Standes die Pflichterfüllung zu einer unbedingten Notwendigkeit der Selbsthaltung zu machen. In dieser Richtung muß mit der fortschreitenden wirtschaftlichen Sozialisierung auch die Sozialisierung des Arbeitsbegriffs gehen. Je mehr auch der Arbeiter nicht mehr ein Objekt individueller Ausbeutung der Kapitalisten wird, je mehr also alle große organisierte Arbeit Unternehmen der Gesellschaft wird, um so stärker müssen wir durch Erziehung zum sozialen Pflichtbewußtsein in dieser Richtung gehen, doch im Arbeitsbegriff das Gefühl einer arbeitenden Tätigkeit an das Ganze die in aller Arbeit mitwirkende Seite wird. Davon sind wir heute noch weit entfernt. Es wird eine der wichtigsten Aufgaben des Sozialismus sein, hier Schritt um Schritt umzuwandeln und aufzubauen. Das ist eine ungeheure Erziehungsaufgabe, zu deren Erfüllung wir ganz andere Erziehungs- und Bildungsmethoden, ganz andere Unterrichtsverhältnisse brauchen müssen, als dies im alten Staate möglich und auch nur erträglich war. In diesem Geiste müssen wir vor allem die Frage der Einheitschule lösen; denn allein mit einer Organisation der Bildungswesen oder etwa gar mit bourgeois-individualistischen Ansätzen der Wegweisung nach Berliner Muster ist nichts, aber auch gar nichts zu tun. Diese Aufgabe wird überhaupt nur gelöst werden können, durch einen Staat, der nicht liberal-demokratisch, sondern der im Erziehungswesen konsequent sozialistisch denken kann. Dazu brauchen wir vor allem eine andere Lehrerschaft; denn sie muß der Träger dieses Geistes sein. Durch Gelehrte und Beamten können auch hier, wie letzten Endes im ganzen Erziehungswesen, nur die Voraussetzungen geschaffen werden; entscheidend ist und bleibt der Geist.

## Die Zermorie der Unterschreibung.

W. B. Versailles, 24. Juni. Wie „Echo de Paris“ meldet, wird das Exemplar des Friedensvertrages, das unterschrieben wird, auf Japan Papier gedruckt und in Marokko gedruckt. Bei der Vollziehung der Unterschreibungen werden, abgesehen von den Delegierten, und dem technischen Personal, Stenographen usw. nur Pressevertreter der alliierten Länder und Deutschlands zugelassen sein. Die Zermorie selbst wird ungefähr zwei Stunden dauern, da im ganzen über 100 Unterschreibungen und Siegel angebracht werden müssen.

## Rundgebungen in Spa.

W. B. Spa, 24. Juni. Nach Bekanntwerden der deutschen Einmütigkeit in den Friedensbedingungen kam es vor dem von der deutschen Botschaftskommission in Spa bewohnten Hotel zu lärmenden Rundgebungen der Bevölkerung, an denen belgische und französische Soldaten teilnahmen. Das Hotel und Pfeifen dauerte Stundenlang an. Von deutscher Seite wurde selbstverständlich die strenge Zurückhaltung diesem Skandal gegenüber geübt.

Es blieb im übrigen bei Lärmen und Rufen des Publikums, ohne daß es wie in Versailles, zu tödlichen Ausschreitungen gekommen wäre.

## Kriegsgefangene in Japan.

Gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages wird voraussichtlich in nächster Zeit seitens des Reichsmarineamtes eine Kommission nach Japan entsandt werden, um die dortigen Kriegsgefangenen zu übernehmen und heimzuführen. Die Kommission wird briefliche Mitteilungen an die Gefangenen und Internierten mitnehmen. Solche Briefe sind bis zum 5. Juli an das Reichsmarineamt, Japankommission, Berlin W, Königin Augustastr. 38/42 zu übersenden.

## Meutereien in England.

Berlin, 25. Juni. Wie dem „Berl. Tagebl.“ aus dem Haag gemeldet wird, meuterten in Surrey Camp in England 4000 Mann. 400 Soldaten wurden von zwei besonders beauftragten Bataillonen verhaftet und 1800 weitere Mann zwangsweise aus dem Lager fortgeschafft. Schon vor 10 Tagen hatten die jetzt offenen meutenden Soldaten aus 5 Mann einen Soldatenrat gebildet. Angeblich gehen die Unruhen von früheren Munitionsarbeitern aus, die jetzt eingezogen sind, um die in Frankreich stehenden Soldaten zu ersetzen.

## Neue Loslösungsbestrebungen im Rheinland.

Berlin, 25. Juni. Aus Frankfurt a. M. wird dem „Berl. Lokalanz.“ berichtet: Nach rheinischen Nachrichten deuten alle Anzeichen darauf hin, daß die französische Militärbehörde den Versuch zur Schaffung einer rheinischen Republik wieder aufzunehmen im Begriffe ist. Nachdem General Mangin sich vor kurzem beurlaubt hatte, seine Neutralität zu erklären, stellt sich plötzlich die Jentur wieder schärfend vor Herrn Dörten und seine Bestrebungen. Dieser Präsident ohne Land reist rheinwärts und abwärts, verteilt Flugblätter in Massen und hält Versammlungen ab. Auch in Hochheim a. M. arbeitet der Präsident mit Hochdruck.

## Rücktritt Hindenburgs.

W. B. Kolberg, 25. Juni. Generalfeldmarschall von Hindenburg hat an den Reichspräsidenten folgende Drahtung gerichtet: Herr Reichspräsident! Auf mein Schreiben vom 1. 5. haben Sie mir Zustimmung dazu erteilt, daß ich mich nach Unterzeichnung des Friedens in das Privatleben zurückziehe. Ich lege daher nunmehr den Oberbefehl nieder. Dem preussischen Herrn Kriegsminister habe ich eine Abschrift dieses Telegramms zugehen lassen. (gez.) von Hindenburg.

## Genemiltsch.

W. B. Kolberg, 25. Juni. General Götner hat an den Reichspräsidenten nachstehende Drahtung gerichtet: Nachdem Generalfeldmarschall von Hindenburg den Oberbefehl niedergelegt hat, sehe ich mich veranlaßt, Ihnen, Herr Reichspräsident, nachstehendes vorzutragen: Ich habe als Vertreter der Obersten Heeresleitung bei der Besprechung in Weimar am 19. 6. erklärt, daß für den Fall der Annahme der Schmachparagrafen eine große Zahl von Offizieren und Truppen der Regierung nicht weiter dienen würde. Dasselbe ist nochmals in dem Telegramm der Obersten Heeresleitung in der Nacht vom 22. zum 23. 6. zum Ausdruck gebracht worden. Besonders Sie, Herr Reichspräsident, werden es mir nachempfinden, daß ich unter diesen Umständen der bedingungslosen Annahme des Friedensvertrages den Wunsch hege, aus meiner Stellung zu scheiden. Im Interesse der Sache und auf Grund des Appells der Nationalversammlung bin ich jedoch bereit, bis zur endgültigen Regelung der militärischen Verhältnisse im Osten auf meinem Posten zu verharren. (gez.) Götner.

## Aus der englischen Arbeiterbewegung.

W. B. London, 24. Juni. Der Arbeiter-Dreibund (Bergleute, Eisenbahnarbeiter und Transportarbeiter) beschloß heute abend in Southport, für den 27. Juli nach London eine Volkskonferenz einzuberufen, um darüber zu beraten, wie die Regierung gezwungen werden soll, die Forderungen des Dreibundes stattzugeben, besonders der Abschaffung der Dienstpflicht und der Zurückziehung britischer Truppen aus Rußland.

W. B. London, 24. Juni. Ähnlich. Die Arbeiter der Baumwollindustrie haben das von ihren Führern erzielte Übereinkommen verworfen.

W. B. Paris, 24. Juni. Meuter. Longuet und Proffard, die am Sonntag abgereist waren, um der Konferenz der Arbeiterpartei am 25. Juni in Southport beizuwohnen, wurde in Poitiers mitgeteilt, daß ihnen die Weiterreise verboten wurde. Sie sind nach Boulogne zurückgekehrt. Den anderen französischen, spanischen und italienischen Delegierten wurde die Weiterreise gestattet.

## Kommunistenprotest in der Schweiz.

W. B. Zürich, 25. Juni. Die kommunistische Partei der Schweiz hat das Proletariat der ganzen Schweiz aufgefordert, am 25. Juni in Massen auf die Straße zu gehen, um gegen die Intervention gegen Rußland, sowie gegen die internationale Reaktion zu protestieren. Der Regierungsrat des Kantons Zürich hat beschlossen, kommunistische Protestversammlungen am 25. Juni zu verbieten.

## Demonstrationen in Hamburg.

W. B. Hamburg, 24. Juni. Im Laufe der heutigen Demonstrationen unklarlich der enttäuschten Wirtverhältnisse kam es heute abend auf dem Rathausplatz zu Blutvergießen. Die angelammelte Menge, die die Herausgabe der Lebensmittellieferanten verlangte, versuchte in das Rathaus einzudringen. Erbeizte Verhärthungen der hiesigen Mannschaften wurden angehalten und zu entworfen versucht. Daraufhin wurde scharf geschossen. Es gab eine Anzahl Tote und Verletzte. Die Menge zerstreute sich, sammelte sich bald darauf wieder und steckte die beiden Straßenwagen auf denen sie

mittleren Verläufungen herangeführt worden waren, in Brand. Kurz darauf gingen Zuminutanten an, die Fenster des mit dem Rathaus in Verbindung stehenden Wirtengebäudes am Adelsplatz zu zerbrechen. Aus einem Berichte des Kommandeurs geht hervor, daß die aus Bahrenfeld herangezogene Verhinderung auf die Meldung, es sei wieder ruhiger geworden, zurückgeführt wurde. Auf die erneute Bitte der Rathauswache um Verhinderung, als die Situation, mit der die Verhandlungen bereits begonnen hatte, die Entlassung der Volkswache forderte, wurden die Bahrenfelder neu herangezogen. Der Kommandant fuhr persönlich mit zum Rathausplatz. Beim Einmarsch in das Rathaus kam er mit den vorderen Truppen in das Rathaus, während die letzten Truppen von einem Gaulei Demonstranten umringt wurden, die den Versuch machten, die Soldaten zu entwaffnen. Hierbei töteten sich diese zur Wehr und es gab Tote und Verwundete auf Seiten der Demonstranten. Die Zahl ist noch nicht bekannt.

**Spartakistenputsche in Hamburg.**

**W. Hamburg, 25. Juni.** Die Spartakisten setzten sich im Laufe der Nacht in den Besitz des Hauptbahnhofes, nachdem sie die dort postierten Abteilungen der Volkswache entwaffnet hatten. Dadurch in den Besitz von Gewehren, Maschinenpistolen und Munition gelangt, unterdrückten sie die ganze Nacht ein lebhaftes Feuer. Gegen 2 Uhr wurde der Hauptbahnhof von der Einwohnerwehr wieder eingenommen.

**W. Hamburg, 25. Juni, 4 Uhr 45 Minuten.** Wie die Kommandantur mitteilt, ist nunmehr dank dem zielbewußten Vorgehen der Regierungstruppen, der Volks- und Einwohnerwehr die weitere Umgebung des Rathauses und des Hauptbahnhofes von den Spartakisten gesäubert worden, wobei es Verletzte und Schwerverletzte auf Seiten der Soldaten gab. Es wurden viele Gefangene gemacht, auch bewaffnete Zivilisten festgenommen und eine Anzahl Minderjährige aus den Häusern herausgeholt. Von den 12 Maschinenpistolen, die die Spartakisten aus dem Hauptbahnhof fortgebracht hatten, sind ihnen 11 bereits wieder abgenommen worden. Spartakistische Angriffe auf verschiedene Volkswachen wurden abgewiesen. Es besteht die Gefahr, daß Teile der Volkswache ihre Waffen an die Spartakisten abgeben könnten. Es stehen penibel bewachte Truppen bereit, um einen weiteren Umsturzversuch des Militärs vorzubeugen. Der Kommandant von Großhamburg, Koppel, ist durch einen Streikschuß am Hinterkopf verletzt worden. Er wird seinen Dienst weiter versehen.

**W. Hamburg, 25. Juni.** Der gestern abend gemachte Versuch, die Börse in Brand zu stecken, führte nur ein kleines Schadenfeuer herbei, das bald gelöscht wurde, obgleich die Menge der Feuerwehrautomobile nicht heranzuführen wollte. Auch am heutigen Mittwoch morgen dauerten die Streikereien an. Himmlische Wesseln mit Handgemalten, Ueber die Zahl der Verwundeten und Toten ist nichts Bestimmtes zu erfahren. Man schätzt sie auf 6-8 Tote und 18 Schwerverwundete. Nach den Hamburger Morgenblättern begannen am Dienstag nachmittag in verschiedenen Stadtteilen in der inneren Stadt, auf S. Pauli und Eimsbüttel Minderjährigen. Lebensmittelgeschäfte wurden geplündert und alle möglichen Lebensmittel geraubt. Die Kommission unter Führung eines Kommissars verhandelte gestern abend im Rathaus und forderte Feststellung darüber, wer den Befehl gegeben hatte, daß die Schutzleute, die Sicherheitsmannschaften und später die Bahrenfelder Volkswache einzurücken hätten. Sie forderten strengste Verhaftung der Schuldigen. Wer den Befehl zum Feuern gegeben hatte, konnte nicht festgestellt werden, jedenfalls war es der Kommandant von Hamburg, Lampel, nicht; obgleich er von der Menge angegriffen und blutig geschimpft wurde, bewachte er seine Mauer. Er wurde später verwundet. Die Wäpfer melden auch, daß bereits am gestrigen Nachmittag ein Waffenladen in den Kolonnen gestürzt und ausgeraubt wurde.

**Berlin, 25. Juni.** Zur Umsturzbewegung in Hamburg wird im „Vorwärts“ festgestellt, daß Hamburg sich in den Händen der Spartakisten befindet.

Wie die „Voss. Ztg.“ erzählt, ist, da die Kräfte der Hamburger Volkswache zur Bekämpfung des Aufstandes nicht ausreichen, General von Leison-Worstedt beauftragt worden, mit einer größeren Abteilung nach Hamburg zu gehen, um dort die Ruhe wieder herzustellen.

**Zur ober-schlesischen Eisenbahnerbewegung.**

**W. Breslau, 24. Juni.** Nach den Abendblättern verlangen die Eisenbahner neben Erledigung verschiedener Personalfragen das Mitbestimmungs- und Kontrollrecht der Arbeiter in allen Arbeitsstätten und Büros. Bei Entlassung und Einstellung von Arbeitskräften, Pensionierung familiärer

Beamter über 60 Jahren, beschleunigte Durchführung des Ruhealters bei der Eisenbahn nach den Frankfurter Richtlinien und sofortige Einführung des Achtstundentages für die Schrankenwärter. Der Streik umfasst bereits 17.000 Arbeiter. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Streik, wenn es zur rechten Verlegung des Aufstandes nicht kommt, weiteren Umfang annimmt. Die Eisenbahnunterbeamten haben sich dem Aufstande angeschlossen.

**Eisenbahnerstreik in Berlin.**

**W. Berlin, 25. Juni.** Die „V. Z.“ am Mittag meldet u. a.: Heute morgen wurde der Oberbürger Bahnhof von Regierungstruppen besetzt. Heute nachmittag findet eine Versammlung der Ausständigen statt, zu der auch Abgeordnete anderer Bahnhöfe eingeladen sind. Vom Verlauf dieser Versammlung wird es abhängen, ob der Streik noch an Ausdehnung gewinnt. Auf dem Schlesischen Bahnhof wird der Verkehr noch aufrecht erhalten. Die Pöge nach Schlesien berechnen aber nur bis Sommerfesttag. Auf dem Güterbahnhof ist der Verkehr, die Arbeiter zum Streik zu veranlassen, bisher vergeblich geblieben. Auch dieser Bahnhof hat eine Wache von Regierungstruppen erhalten.

**Ein Aufruf Noskes an die Reichswehr.**

**W. Berlin, 25. Juni.** Reichswehrminister Noske erläßt einen Aufruf an die Reichswehr, in dem er u. a. sagt: Die Nationalversammlung hat beschlossen, daß der Friedensvertrag gemäß dem Wachtgebot der Wehr, dem wir fast wachlos gegenüber stehen, von uns unterzeichnet wird. Im Regierungsrat habe ich mich bereit erklärt für die Nichtunterzeichnung dieses Gewaltfriedens eingetretet, bin aber überstimmt worden. In gemeinsamer Tätigkeit haben Freiwilligenverbände, die Reichswehr, sowie Angehörige des alten Heeres mit mir in den letzten Monaten mit nachdem Erfolg sich bemüht, unser Land vor dem Zusammenbruch und dem Chaos zu bewahren. Die Reichsregierung und die Nationalversammlung fordern von uns, daß wir unsere alte Pflicht in der schwersten Stunde unseres Vaterlandes zum Wohle des Volkes weiter tun. Treue Gesinnung werde ich auch denen bewahren, die angesichts der schmerzlichen Bedingungen der Feinde glauben, ihr weiter den Dienst versagen zu müssen. In der schwersten Stunde, die das deutsche Volk erlebt, appelliere ich an den kameradschaftlichen Geist eines jeden Führers und jeden Mannes, mir weiter zur Seite zu stehen. Die Not unseres Volkes verbietet mir, schamlos nach meinen Posten zu verweisen, auf dem ich aber dem Lande nur dann zu dienen vermag, wenn wir opferwillige Männer wie bisher hingebungsvoll zur Seite stehen.

**Kleine Nachrichten.**

**Mülfeste aus Südwes.** In Rotterdam ist der englische Dampfer „Norwich Castle“ mit 771 deutschen Männern, Frauen und Kindern aus Südwesafrika angekommen, die noch an demselben Tage nach Deutschland weiterreisen.

**Abgang.** Das Kriegsmilitärum veranlaßt einen Erlass, wonach die für das deutsche Heer besonders schmerzhaften Bedingungen von den Soldaten mit ihrer Ehre nicht in Einklang gebracht werden können. Es müßten aber persönliche Leiden und Zurückgefallen werden, weil die dringende Pflicht gegen das Vaterland die Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe und Weiterführung des laufenden Dienstes erfordert. Um das beschleunigte Ausscheiden der Offiziere aus dem Dienste zu erleichtern wird bestimmt: 1. Sämtliche preussische Generale können vom heutigen Tage an ihre Stellung zur Disposition unmittelbar beim Personalamt des Kriegsmilitärums ohne weitere Formalitäten beantragen. Dieses Recht läuft am 28. Juli ab. Die Entscheidung über die Genehmigung hängt von der Möglichkeit des Erlasses ab. 2. Da dieser Weg für die Gesamtheit der Offiziere, Sanitätsoffiziere, Veterinäroffiziere und Beamten nicht durchführbar ist, muß es für diese ebenso wie für die Unteroffiziere und Freiwilligen bei dem bisherigen Dienstverhältnis bleiben, doch könnten die Gesuche um Verabschiedung in allerhöchster Form eingereicht werden; 3. Alle Versorgungsansprüche bleiben unberührt bestehen.

**Proteste im Dien.** Bei einer von über 5000 Einwohnern besuchten Johannestages in Loeben ist die Entschädigung angenommen worden, die dem Schmer über den Sammasfrieden und die Preisgabe des Ostens an die Willkür der Polen, aber auch der Hoffnung auf die Zukunft und den Willen ausdrückt, für die Erhaltung des Deutschen einzutreten.

**Angriffen.** Regierungspräsident Graf Lambdostoff in Gumbinnen, der um seinen Abschied zum 1. Oktober nachgesucht hatte, hat auf Grund der letzten politischen Ereignisse die Genehmigung seines Abschiedes bereits zum 1. Juli nachgesucht.

Die Schweiz demobilisiert. Nachdem Deutschland die Annahme der Friedensbedingungen erklärt hat und keine Zwischenfälle an der Grenze eingetreten sind, hält der Bundesrat die Verhinderung des Grenzschusses an der Ostfront nicht mehr für erforderlich. Die Truppen werden deshalb unverzüglich entlassen.

Generalfreie der Eisenbahner Italiens. Die „Humanität“ meldet aus Rom: Das Komitee der italienischen Eisenbahnergewerkschaften beschloß, dem Generalstreik zugunsten der russischen und der ungarischen Republik zuzustimmen.

Die Aufnahme in den Völkerverbund. Nach dem „Abstr. Abendblatt“ meldet „Morning Post“: Lloyd George erklärte Frehvertetern in Paris gegenüber, daß England nach Ablauf eines Jahres Parteistritt nicht gegen die Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund einzuwenden habe. Auf mindestens 15 Jahre hinaus müsse jedoch der Wohlstand Deutschlands dazu dienen, die Verböcher des Krieges wieder gutzumachen.

Vom schweizerischen Bundesrat. Aus Prag wird gemeldet: Südlich von Lisobes wurde der Feind nach heftigen Angriffen, die den ganzen Tag dauerten, durch unsere Gegenangriffe in Unordnung gegen Süden zurückgeschlagen.

Aus dem schweizerischen Bundesrat. Der Bundesrat beantragte die Einführung der 48 Stundenwoche für das gesamte Verlehrspersonal auf den 1. August. — Belgien wünscht von der Schweiz für die Kohlenlieferungen einen Vorzuschuß von 60 Millionen. Schweizerischerseits besteht Neigung, 25 bis 30 Millionen zu gewähren. — Der Bundesrat nahm einen Antrag für den vermehrten Schutz und die Immunität der parlamentarischen Mitglieder an.

**Badischer Landtag.**

Gr. Nach Genehmigung der Bürgerkaufübernahme für ein Darlehen an die Stadt Kehl trat der badische Landtag in die Beratung der sozialdemokratischen Interpellation über die Sozialisierung, zu der sich in der gestrigen Sitzung die Mitglieder der verschiedenen Parteien aus ihrem sachlichen Parteistandpunkt heraus äußerten. Von sozialdemokratischer Seite wurde die Interpellation, aufgebaut auf eingehender theoretischer Grundlage, begründet durch G. Kraus, der in zwingender Weise die Notwendigkeit der Gemeinwirtschaft und der genossenschaftlichen Zusammenfassung nachzuweisen sich bemühte.

Von bürgerlicher Seite — Medner des Zentrums der Abgeordnete Duffner, der Demokraten Abgeordneter G. H. H. — der Sozialdemokratischen Abgeordneter W. A. K. — bemühte man sich vor allem dazutun, daß der heutige Zeitpunkt zur Sozialisierung wenig geeignet, eine um so kräftigere Anschauung als gerade zahlreiche wissenschaftliche Defizite die sozialistische Wirtschaftsweise für die einzige Methode halten, die uns aus dem Ruin zu erretten herauszuführen kann. Von Regierungseite sagte Minister A. K. E. gründliche Prüfung der in Frage kommenden Sozialisierungsobjekte zu, daß anzunehmen ist, daß Baden in dieser Hinsicht am weitesten ist, was er als Einzelstaat tun kann.

**29. Öffentliche Sitzung.**

gr. Karlsstraße, 25. Juni.

Präsident Kopp eröffnet die Sitzung um 9.20 Uhr. Im Eingang befinden sich u. a. verschiedene kurze Anfragen der Abg. Kaufh. u. Gen. betr. Mißstände in den badischen Lungenheilstätten, der Abg. Königsberger u. Gen. betr. Schuldenliteratur und betr. Pensionskäfen.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung über das Darlehen an die Stadt Kehl.

Abg. Marum (Soz.) berichtet über den Gesandtschaftsbericht der badischen Staat der Bürgerkauf für ein Darlehen von einer Million Mark einschließlich der Zinsen zur Bedienung der derzeitigen Notlage der Stadtgemeinde Kehl übernimmt. Wir haben alles Interesse daran, den Zusammenhang mit Kehl aufrechtzuerhalten und der Stadt zu helfen. Die Kommission empfiehlt einstimmige Annahme der Gesandtschaftsberichte über die Behandlung und sofortigen Inkrafttreten.

Abg. Dietrich (Dem.) freut sich als früherer langjähriger Bürgermeister der Stadt Kehl, daß die Vorlage zur Annahme gelangen wird, da man der Stadt unbedingt helfen muß. Leider konnten wir das Gesand der Stadt nicht mildern, indem sie 15 Jahre lang französische Besatzung tragen muß. Zu wünschen ist, daß die Stadt ungehindert Verträge mit ihrem Heimatstaat erhalte und die militärische Besatzung der Stadt verringert wird. Die badische Regierung wird für die Stadt tun, was sie kann und die vaterländische Gesinnung der Stadt wird sich bewahren.

Nach kurzen Bemerkungen der Abg. Marum (Soz.), Dietrich (Dem.) und Präsident Kopp wird der Gesandtschaftsbericht in namentlicher Abstimmung mit 33 Stimmen einstimmig angenommen und als dringend erklärt. Es folgt die sozialdemokratische Interpellation: „Was bedeutet die badische Re-

**Das schlafende Heer.**

Roman von Clara Viebig.

Nachdruck verboten. Peter Bräuer stand dabei und guckte ein wenig verdutzt von seiner Frau zum Kutscher und von diesem wieder hin zu jener: sieh mal einer an, der Polad betete ja auch!

Und plötzlich zog es auch ihn hin zu der kleinen Nische — eine Hand hatte ihn berührt, die reichte vom fernen Westen bis zum fernen Ost. Nisch neben seine Frau tretend, beugte er das Haupt.

Feierlichgeknall und ein heller Pfiff jähredte die gläubig Versunkenen auf. Mit Geräusch und Gepolter kam der Leiterwagen angefahren, Valentin stand aufrecht darin und hieb lustig auf die knurrenden Gänse.

„Ge, Vater!“

„Endlich, Jung! Ich kriegt et als mit der Knast!“

Peter Bräuer stieß einen erleichterten Seufzer aus: Gott sei Dank, da war kein Malheur passiert! Die kleinen Schwämmen in der Brittsche erhoben ein helles Jubelgeschrei, als sie den großen Bruder sahen.

„No, wat dann?“ Der hübsche Burtsche, dem eine noch unvertragene Soldatenmilch verneigen auf dem Krauskopf lag, zeigte lachend die gelassenen Zähne. „Gibt ihr als gedacht, ich wär verloren gegangen? Ne — haha — so rasch nit!“

„Ne, aber man is doch hier fremd.“ entschuldigende Frau Reden und sah ihren großen Stiefsohn freundlich an. „Ich glaub' der Vater halt' als Angst, du hält'st Malör gekriegt!“

Valentin lachte wieder. „Da hält ich auch leicht gekonnt. Ich denk' an nit, auf einmal machen die Pferd' me Satz, dat se mir die Nigel aus der Hand reißen. Nichts aus dem Korn bringen der Mädchen Stücker zehn, wöhl — wie 'n Volk Reibhüner — huch — über die Strach' in 'n Mäherfeld links.“

„Ich glaub', se hatten ihr Mittagsschlächten gehalten im hohen Korn. Ich klümp' — se lachen. Mutter, du glaubst et gar nit, wie die eis frech waren! In eins fort gelacht, und lowie ich wat gesagt hab', haben se noch viel mehr gelacht!“ Jetzt klangelte der junge Mensch behaglich in sich hinein. „Un-

dann haben se mir Aufständches geschmissen und allerlei getufen, wat ich nit verstehen konnt. „Deinibuh!“ un so wat! Weisste, Vater, polnisch möt mer hier eigentlich doch können!“

„Ansim, no, auch noch!“ Bräuer konnte sich ordentlich ärgern. „Dah se doch deutsch sprechen! Un nu voran!“

Staubwolken wirbelten, Gänse kläfften; Kinder, die nur mit einem Semden bescheidet, halbnackt durch den Schweiß auf der Straße herumwühlten, schrien aellend hinter den Wagen drein, die das Dorf polsterten.

Frau Reichens machte große Augen: gepflastert war hier nicht! O was, wenn's hier regnete, tunkte man ia ein bis über die Knöchel! Unwillkürlich schaute sie nach ihren sauberen Mäden.

In großen Mühl, den die bürkige Sommeronne halb aufgetrocknet hatte, wuschen Weiber ihre Wäsche zwischen dem grünlichgelben Entengries. Wadern klangen Semd nur einen kurzen Kalluntack, aber alle das anklingende Mähen fest um die Ohren gebunden, schauten sie wenig freundlich den raselnden Geschäften nach: aba, wieder neue!

Bräuers Kinder quälten die Eltern mit Fragen: wat das ein Dorf? Doch nicht das Dorf, wo sie hinstollt? Kam das denn noch immer, noch immer nicht?

Aber als die letzte der aus grauem Lehm zusammengewaschene niedrigen Hüften mit ihrem, dem Staube der Straße ähnelnden, graubraunen Strachdach verdrunden war, schlöß ihnen die gleichende Monotonie der Felder bald wieder her Mund.

Frau Reichens Gemüt, das sich noch eben im Gebet aufgerichtet hatte, wurde wieder niedergedrückt — also das war ein Dorf? Die Hände im Schoß verschränkend starrte sie trübe vor sich hin.

Die Stimme ihres Mannes jähredte sie auf. Peter Bräuer rief seinen Sohn an. Ein Zug nachte aus östlicher Richtung. Vungetreid, wie aus allerlei Fäden zusammengeklappt, schob er sich heran durchs sonnige Gäß.

Frau Reichens reichte den Hals: wer waren die Männer im roten Semd, Semten auf der Schulter? Woher kamen die Weiber, milde dahingehend, wie Kastiere beladen mit Sad und Paak? Waren dos etwa Bräuner? Kengstlich sah sie

auf ihre Blondbüxje — Bräuner sollen doch Kinder stehlen! — und dann nach ihrem Leitervagen, der das erste unentbehrliche Gerät enthielt.

„Wanderarbeiter“, sagte Peter Bräuer und beschaffete die Augen mit der Hand, um besser anschauen zu können. „Die kommen rüber von Russisch-Polen. Golt bewahr uns, sind dann noch nit genug Poladen hier? So'n Gefindal! Aber, ich hab' gehört, selbst der deutsche Herr in Przbatorowo soll ihrer welche zum Schnitt gedungen haben!“

„Och, die Weiber, wat die sich abschleppen!“ Frau Reichens Stimme klang mitleidig, und als sie ein paar Halbwilldige sah, die ins Korn ließen, Ähren abschneiden und gierig die Körner daraus äßen, fing sie an, im Körbchen, das ihr zu Füßen stand, zu trauern. „Jesus, die sind hungrig, mer könnt ihnen doch wat zu essen geben! Uns' Kinder sind ja als satt!“

„Wer ihr Mann vermisst es ihr: „Dah dich mit denen nicht ein! Die arbeiten im Ufford, die verdienen genug. Im Winter tun se alles berjuren!“

Doch sie konnte den Blick nicht wenden.

Näher und näher kam der Trupp, langsam, aber durch seine Stetigkeit unauffallkom überdrönden Schrittes. All die stumpfen Gesichter mit den breiten Wadenknochen glänzten braunrot vom Sonnenbrand.

Am hölzernen Weiser, der dort, wo der breite Fahrweg sich in noch drei andere fahrbare Straßen verzweigt, seine Kreuzesarme reckt, stehen die Wanderer und die Wagen zusammen.

Der stamme Kutscher der Brittsche hielt an. Der vorderste der Semdenmänner war vor den Wagen getreten: den Gut bis zur Erde ziehend, hielten er nach dem Weg zu fragen. Bräuer wunderte sich: konnte der denn nicht lesen? Da stand's doch groß und breit, deutlich an jedem Kreuzesarm, wogin!

„Owallbarzhee“, beehrte der jetzt plötzlich lebhaft gewordene Kutscher und wies nach rechts — und dann ein wenig nach links: „Henezhee“ — und dann ganz nach links: „Przbatorowo!“

(Fortsetzung folgt.)

gierung zu tun, um im Rahmen der Sozialisierungsgeetze für das Reich

die Sozialisierung für Baden

in die Wege zu leiten?

Hg. Dr. Kraus (Soz.):

Seit Einbringen der Interpellation verging 1/2 Jahr, in dem wir Schmerses erlebt haben. Nichts von alledem trug jedoch dazu bei, die Wichtigkeit dieser Debatte zu mindern.

unter dem Banner der Sozialisierung und um dies auch fernschin. Es ist kaum zu glauben, mit welchem Unverständnis meine Schichten des Bürgertums den Problemen der Sozialisierung gegenübersehen.

Weltgebanke

der deutschen Revolution ist, wie die 'Frankfurter Zeitung' schrieb, der Gedanke der sozialen Demokratie.

Wenn wir auf Karl Marx, dem Begründer der Sozialdemokratie wie dem bedeutendsten Forscher der geschichtlichen Zusammenhänge zurückgehen, so finden wir, daß es ihm darauf ankam, die Verflechtung von Konsumtion und Produktion zu erforschen und daraus Wege für die Menschen abzuleiten.

der Uebergang vom reinen Rechtsstaat zum Wirtschaftsstaat. Nicht mehr der Einzelunternehmer steht heute im Vordergrund, sondern das Syndikat, das Kartell und das Finanzkapital der Banken.

Wir haben es heute in der Hand, diesen Weg organisatorisch zu gehen, oder die Entwicklung wird durch die Revolution über uns hinweggehen. Dieser Weg ist die Sozialisierung des Wirtschaftslebens.

Sozialisierung des Wirtschaftslebens.

Sozialisierung ist allerdings nicht Bürokratisierung des Wirtschaftslebens, wie dies neulich das 'Karlsruher Tagblatt' meinte. Der alte bürokratische Staat kann allerdings nicht der Träger der Wirtschaftsverwaltung sein, sondern die Volksgewalt selbst muß dies sein.

Der Landwirtschaft. erwächst hier eine Aufgabe, indem die Abwanderung der Landwirte in die Stadt hierdurch ausgeglichen wird.

Zusammenschluß der Kleinbauern

nähig, um sich der Mittel der heutigen Technik, des gemeinsamen Einkaufs usw. zu bedienen. Die Sozialisierung der Landwirtschaft wird daher vor allem eine Aufgabe der Gemeinwirtschaft des Staates.

finanzielle Rentabilität der Staatsgüter

und nicht das Bedürfnis des Volkes. Hiergegen setzen wir: Die Kleinbauern müssen zusammengeschlossen werden und sozial landwirtschaftliches Gebiet erhalten, um rentabel zu wirtschaften.

Wohnungsfragen

betrifft, so handelt es sich vor allem darum, durch eine Organisation von Mieter und Vermieter eine Selbstverwaltung im Wohnungsweesen zu schaffen. Auch hier muß eine vollständige Umstellung erfolgen.

Profivirtschaft des Einzelnen abzuleiten durch die Gemeinwirtschaft. Sozialisierung bedeutet nicht Diktatur des Einzelnen, sondern Ausschaltung der persönlichen Profivirtschaft.

Es ist interessant, daß sich in diesen Fragen gerade solche Leute gegen uns wenden, die sonst den Mund voll nehmen von Idealismus, Hingebung aus Gange usw. (Sehr richtig). Die Ingenieure und Techniker sind schon lange nicht mehr beteiligt an den Gewinnen, sondern diese erhalten die Aktionäre.

Arbeitsminister Müdert:

Die Frage der Sozialisierung hat in der Gegenwart zweifellos erhöhte Bedeutung erlangt. Sie ist entstanden aus der Erkenntnis heraus, daß die bisher herrschende Produktionsweise die Volkswirtschaft für die Gesamtheit nicht gebracht hat.

Die großen Kriegsgewinne:

die Kriegsgewinnler und -Schieber haben in den letzten Jahren geradezu demoralisierend auf die Bevölkerung gewirkt. Im Zusammenhang Deutschlands haben diese nicht wenig beigetragen.

die gesamte Verankerung von Betriebs- und Wirtschaftsämtern bereits angeknüpft. In der Ausarbeitung eines Gesetzes wird gearbeitet. Die Arbeiter und Angestellten bekommen damit auf den ganzen Gang der Produktion erheblichen Einfluß.

Was nun die Sozialisierung der Wirtschaftsbedriebe anbelangt, so kann diese gewaltige Aufgabe im allgemeinen nicht von jeder Gemeinde oder jedem Bundesstaat allein und für sich unternommen werden.

planmäßiger Arbeit

bei Zusammenfassung aller Kräfte im Volke, erreicht werden. Es ist eine Wahnidee zu glauben, daß die Bewirtlichung des Sozialismus durch Parteie oder wilde Streiks erreicht werden kann.

Der Justizauschuss. Der Justizauschuss des bad. Landtags befaßte sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem Gesetz über die Feuerversicherung der Gebäude während der Kriegszeit.

daß sie so ausfallen wird, daß sie Verunsicherung ins Volk bringen wird. Die Anwendung der Sozialisierung auf die Land- und Forstwirtschaft macht uns einigermaßen Sorge.

Hg. Götthel (Dem.) zweifelt, ob die gegenwärtige Zeitlage zu einer akademischen Debatte geeignet ist. Wir müssen daher in die Einzelheiten eintreten. Der Zusammenbruch erfolgte von außen her, nicht von innen, wie das sozialdemokratische Programm meinte.

Arbeitsminister Müdert stellt fest, daß die Behauptung, Grundstücke über 20 Hektar sollen enteignet werden, nicht richtig ist. Meine Mannheimer Rede wurde nicht richtig wiedergegeben wie der Bericht der 'Karlsruher Zeitung' beweist.

Hg. Mayer-Rastbach (Dtsch. Volk.): Früher sagte man, Sozialisierung sei das Allheilmittel. Jetzt verlangen die Massen Einlösung dieses Versprechens.

Der Justizauschuss. Der Justizauschuss des bad. Landtags befaßte sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem Gesetz über die Feuerversicherung der Gebäude während der Kriegszeit.

Der Justizauschuss. Der Justizauschuss des bad. Landtags befaßte sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem Gesetz über die Feuerversicherung der Gebäude während der Kriegszeit.

Der Justizauschuss. Der Justizauschuss des bad. Landtags befaßte sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem Gesetz über die Feuerversicherung der Gebäude während der Kriegszeit.

Der Justizauschuss. Der Justizauschuss des bad. Landtags befaßte sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem Gesetz über die Feuerversicherung der Gebäude während der Kriegszeit.

Der Justizauschuss. Der Justizauschuss des bad. Landtags befaßte sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem Gesetz über die Feuerversicherung der Gebäude während der Kriegszeit.

Der Justizauschuss. Der Justizauschuss des bad. Landtags befaßte sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem Gesetz über die Feuerversicherung der Gebäude während der Kriegszeit.

Der Justizauschuss. Der Justizauschuss des bad. Landtags befaßte sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem Gesetz über die Feuerversicherung der Gebäude während der Kriegszeit.

Der Justizauschuss. Der Justizauschuss des bad. Landtags befaßte sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem Gesetz über die Feuerversicherung der Gebäude während der Kriegszeit.

Der Justizauschuss. Der Justizauschuss des bad. Landtags befaßte sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem Gesetz über die Feuerversicherung der Gebäude während der Kriegszeit.

Der Justizauschuss. Der Justizauschuss des bad. Landtags befaßte sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem Gesetz über die Feuerversicherung der Gebäude während der Kriegszeit.

Der Justizauschuss. Der Justizauschuss des bad. Landtags befaßte sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem Gesetz über die Feuerversicherung der Gebäude während der Kriegszeit.

Der Justizauschuss. Der Justizauschuss des bad. Landtags befaßte sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem Gesetz über die Feuerversicherung der Gebäude während der Kriegszeit.

Der Justizauschuss. Der Justizauschuss des bad. Landtags befaßte sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem Gesetz über die Feuerversicherung der Gebäude während der Kriegszeit.

Und das sind Demokraten?

Der Verfassungsausschuss der Nationalversammlung über den Aufbau des Reichs hat in zwei Sitzungen, die länger als zehn Stunden dauerten, die zweite Sitzung weitergeführt.

infolgedessen zwei der Demokraten sich entschlossen, noch für den Antrag zu stimmen. Ein weiterer Antrag der Sozialdemokraten, die direkte Verhältniswahl auch auf die Vertretungen der Kommunalverbände auszudehnen, wurde abgelehnt, daß jeder Grundbesitz einer Gemeinde angehängt werden müsse. Der zweite große Angriff der Demokraten gegen die Volkswahl erfolgte bei dem Artikel, der die Legislaturperiode des Reichstages auf drei Jahre festsetzt. Hier beantragten die Demokraten die fünfjährige Legislaturperiode. Sie ließen sich trotz aller sozialdemokratischen Reden von ihrem Standpunkt nicht abbringen. Der demokratische Antrag auf Einführung der fünfjährigen Legislaturperiode fiel mit 14 gegen 14 Stimmen. Sämtliche demokratische Vertreter stimmten für die fünf Jahre! Da die Sozialdemokraten 11 Mitglieder und die Unabhängigen 1 Mitglied haben, war es nur möglich, die 14 Stimmen gegen die Demokraten dadurch aufzubringen, daß zwei Mitglieder der Rechten gegen die Verlängerung der Legislaturperiode stimmten. Auch das gesamte Zentrum stimmte für die fünf Jahre.

Wenn diese Sorte Demokraten und Zentristen im Plenum der Nationalversammlung ihren reaktionären Standpunkt beibehalten, dann müssen es unsere Genossen auf eine Katastrophe ankommen lassen. Die bürgerlichen Kapitalistkrieger mögen dann für ihre wahnwitzige und verbrecherische Verblendung die Verantwortung übernehmen.

### Baden.

#### Die weitere Erhöhung der Einkommen- und Vermögenssteuer.

Der dem Landtag am Dienstag zugegangene Vorlage über die Ausdehnung der Einkommen- und Vermögenssteuer, die sich im Hinblick auf die Regelung der Tariffrage der Staatsarbeiter notwendig machte, wurde im Hinblick auf die kurze Vollversammlung des Landtags im Hausbesuchsausschuss sofort einer Beratung unterzogen. Der Ausschuss sprach sich einmütig dahin aus, daß die Ausdehnung der Steuer sowohl im Hinblick auf die Einkommen- als auch auf die Vermögenssteuer als notwendig erachtet werden soll. Bereits eine der nächsten Sitzungen des Landtages wird sich mit ihr befassen.

Finanzminister Dr. Wirth gab eine längere Uebersicht über die finanzielle Tragweite der Vorlage. Sie erforderte einen Aufwand von 58,8 Millionen und belastet natürlich das Staatsbudget in hohem Maße. Man könne aber im allgemeinen den Beamten nicht niedriger, wie die beizubehaltenden qualifizierten Staatsarbeiter und Handwerker stellen. Er freudlicherweise konnte das Finanzministerium in fast allen Fragen mit dem 10er-Ausschuss der Beamten- und Lehrervereine zusammenarbeiten. Man ist seinen Vorklagen im wesentlichen gefolgt. Das von einer Verjüngung wegen einer Zeitungsnotiz dem Minister ausgesprochene Mißtrauensvotum war unbegründet; es wurde deshalb zurückgezogen. Vor allem soll auch das Prinzip bei der Regelung der Gehälter der Beamten stärker wie bisher zum Ausdruck kommen. Gleichzeitig ist versucht, die Gehälter des Gehaltsverfahrens geübter oder verunglückter Beamten nehmen an der Ausdehnung teil.

Im übrigen ist natürlich die baltische Finanzlage eine Krücke, entsprechend der trostlosen Finanzlage des Reiches. Hierbei kündigte der Minister eine weitere Erhöhung der Einkommen- und Vermögenssteuer an. Sie ist so hoch bemessen, daß sie einen Betrag von 100 Millionen Mark für den bad. Staat ergeben soll. Auch diese Vorlage geht in Kürze dem Landtage zu. — In eine Debatte über die instruierenden Darlegungen des Finanzministers wurde nicht eingetreten, da sich erst die Fraktionen und der Verordnungsrat — als solcher wurde Abg. Götting (Dem.) bestimmt — mit der Vorlage zu befassen haben. Man betonte allerdings, daß die Beratung in jeder Weise gefördert werden wird.

#### Fünfter Nachtrag zum Staatsvoranschlag.

Der 5. Nachtrag zum Staatsvoranschlag für die Jahre 1918/19 enthält sodann eine Reihe Nachtragsforderungen und zwar in Höhe von 654 200 M für die Neubauten der Amtsgerichts- und Notariatsgebäude in Eberbach und Weisbach, und für Erweiterung und Umbau der Justizgebäude in Freiburg. Weiter werden angefordert 767 100 M für die Erhebung von Aufseherhäusern beim Landesgefängnis Mannheim und beim Männerzuchthaus Bruchsal.

In dem Nachtrag zum Voranschlag für das Unterrichtsministerium werden 25 neue Stellen im höheren Schulwesen verlangt, um die Anstellungsverhältnisse zu verbessern. Ganz bedeutende Summen werden für das Hochschulwesen verlangt und zwar u. a. eine halbe Million als 2. Teilforderung für den Neubau der medizinischen Klinik der Universität Heidelberg 170 000 M für Erweiterung des pathologischen Instituts der Freiburger Uni-

versität und 200 000 M als erste Teilforderung für den Neubau der dortigen Anatomie. Das alte Anatomiegebäude ist bekanntlich während des Krieges einem Pfeilerangriff zum Opfer gefallen. Der gleiche Betrag wird dann angefordert als 2. Teilforderung für den Neubau der medizinischen Klinik in Freiburg und 1 Mill. wird verlangt als zweite Teilforderung für den Neubau der Ingenieurabteilung an der Techn. Hochschule Karlsruhe. — Im Nachtrag für die höheren Schulen und Volksschulen finden wir den Betrag von 850 000 M für Feuerungsbeihilfen an Hinterbliebenen von Hauptlehrern und von 1 Mill. als 3. Teilforderung für den Neubau eines Gymnasiums in Laub.

Zum erstenmal erscheint im Staatsvoranschlag das Bad. Landestheater in Karlsruhe. Die Summe der Ausgaben für rund acht Monate von Mai bis Ende Dezember 1919 (bis Mai hat der Großherzog aus der Privillite das Landestheater noch unterhalten) ist mit 1,5 Mill. Mark berechnet. Die dem Betrag stehen an Einnahmen aus dem Theaterbetrieb für die gleiche Zeit 631 100 M gegenüber, so daß das Landestheater für die acht Monate einen Zuschuß etwas über 900 000 M bedarf. Davon entfallen 138 435 M auf die Stadt Karlsruhe und 764 465 M auf die Staatskasse.

Ebenfalls zum erstenmal ist im Staatsvoranschlag eine Forderung für das Pressebüro der Regierung, das dem Ministerium des Innern unterstellt ist, eingestellt und zwar wird als Vergütung für drei vertragsmäßig angestellte Redakteure die Summe von jährlich 18 600 M gefordert. Das demokratische Mitglied der Presseabteilung, Redakteur Walter Günther, wird am 1. Juli sein Amt antreten. (Ein Schlusssatz folgt.)

Die Neuregelung der Feuerungszulagen. Im Zusammenhange mit der Genehmigung des 5. Nachtrags zum Staatsvoranschlag für 1918 bis 19 werden die Beamten bekanntlich eine Regelung ihrer Feuerungszulagen erhalten. Nach der Darstellung, die von den Mitgliedern des Landtags zu hören ließ, sollen die Bestimmungen über die Gewährung einer Kriegszulage und eines Zuschlages zur Kriegszulage mit Wirkung vom 1. März 1919 aufgehoben werden. Anstelle der Kriegszulage und des Zuschlages vom 1. März an eine einheitliche Feuerungszulage. Die Feuerungszulage für staatenmäßige Beamten und Lehrer beträgt in der Wohnungskategorie I für Ledige, die das 30. Lebensjahr zurückgelegt haben, 3 200 M, für Verheiratete bis mit einem Kind 3 400 M, mit zwei Kindern 3 500 M, mit drei Kindern 3 600 M, mit vier Kindern und mehr 3 700 M; in der Klasse 2 für Ledige 3 000 M, für Verheiratete 3 300 bis 3 600 M, in der Klasse 3, 4 und 5, 2 800 M, für Ledige, 3 000 M, für Verheiratete. Die Zulagebeträge der Ortsklasse 1 erhöhen sich für die Beamten in Mannheim um 280 M. Jedem Beamten wird ein Mindesteinkommen gesichert. Es beträgt in der Klasse 1 5 100 M, (Mannheim 5 350 M), in der Klasse 2 5 900 M, in der Klasse 3 4 900 M, in der Klasse 3 und 4 4 500 M. Die Ledigen etatmäßigen Beamten und Lehrer unter 30 Jahren erhalten für jedes Jahr, das ihnen zur Vollendung des 30. Lebensjahres fehlt, 12% M weniger, als die eben genannten Zulagebeträge. Die Bestimmungen finden auch auf die nichtetatmäßigen Beamten und Lehrer und auf die nichtverwendeten vollbeschäftigten Ruhegehaltsempfänger Anwendung. Auch die zurbezogenen Beamten erhalten neue Feuerungszulagen.

#### Die badischen Abgeordneten zur Nationalversammlung in Weimar.

nahmen bei den beiden großen namentlichen Abstimmungen vom Sonntag, 22. Juni, nach dem amtlich festgestellten Ergebnis die folgende Haltung ein:

Zu der Frage: „Die Nationalversammlung ist mit der Unterzeichnung des Friedens einverstanden“ stimmten mit Ja: Oskar Ged (Mannheim), Riedmüller, Rüdert, Stod, Trinks (Ez.), Diez, Erling, Fehrenbach, Dr. Wirth, Dr. Zehnter (Rent.); mit Nein stimmten: Dr. Haas, Dr. von Schulze-Gäbernitz (Dem.) und Dr. Düringer (D.-R.). Es fehlte bei der Abstimmung Engelhardt (Dem.).

Zu dem Antrag: „Die Nationalversammlung spricht der Regierung ihr Vertrauen aus“ stimmten mit Ja: Oskar Ged (Mannheim), Riedmüller, Rüdert, Stod, Trinks (Ez.); Diez, Erling, Fehrenbach, Dr. Wirth, Dr. Zehnter (Rent.); mit Nein: Dr. Düringer (D.-R.). Es schied sich bei der Abstimmung: Dr. Haas und Dr. Schulze-Gäbernitz (Dem.), und es fehlte Engelhardt (Dem.).

Ingenieurschaft bei den Deutsch-Demokraten. In einer gelassenen Sitzung im Kassenlokal in Laub abgesprochenen Parteimitgliedern Versammlung des deutschdemokratischen Vereins wurde folgende Entschließung gefaßt und an die deutschdemokratische Fraktion in Weimar, sowie den Vorstand der deutschdemokratischen Partei in Karlsruhe gefaßt: Die deutschdemokratische Partei in Laub ist mit der Entschließung der Fraktion in der Friedensabstimmung und mit ihrer Ausfaltung aus der Regierung nimmermehr einverstanden. Sie

verlangt nach reichlicher Ueberlegung endlich eine Reform in ihrer Führung und vor allen Dingen Auffklärung im Falle Nichterfolgs.

Unangenehme Putz-Nachrichten. Bei dem Februar-Putz in Mannheim ist bekanntlich an dem Gefängnis ein sehr erheblicher Schaden verursacht worden. Der neueste Nachtrag zum Staatsvoranschlag enthält jetzt auch eine Anforderung von 530 000 M, für die Wiederherstellung des durch die Unruhen am 22. Februar der Justizverwaltung erwichenen Schadens. Da infolge der Unruhen beim hiesigen Landesgefängnis eine besondere Wache errichtet werden mußte, so wird hierfür eine weitere Anforderung von 32 000 M erforderlich.

Ettlingen, 26. Juni. Endlich soll unsere Lebensmittelversorgung einer Besserung entgegengehen. Kürzlich fanden zwischen der Ernährungsabteilung des Ministeriums des Innern und einigen Vertretern der Ettlinger Einwohner (vom Volkerrat Genosse Vertsch) längere Verhandlungen statt. Diese führten zu dem erfreulichen Ergebnis, daß Ettlingen ebenfalls mit ausländischen Lebensmitteln beliefert werden könne. — Gossentlich treffen bald die Lebensmittelversorgung anderer Städte abgeschlossen ist.

Laub, 26. Juni. Das Kriegsministerium hat angeordnet, daß hier ein Sammellager für zurückkehrende Soldaten eingerichtet wird, die von hier aus nach dem Elsaß weitergeleitet werden.

s. s. Paueneberstein, 23. Juni. In den Kirchen richten die Geistlichen wohlgemeinte Mahnungen an die Landwirte, ihre Produkte an die notleidende Stadtbeförderung abzugeben. Leider haben diese Aufforderungen nicht den gewünschten Erfolg, denn bei vielen Landbesitzern hört eben das religiöse Empfinden beim Geldbeutel auf, wie folgender Fall wieder erneut beweist, der sich hier zugetragen. Eine notdürftige Frau verfuhr bei einer hiesigen Bauernfrau ein bischen Milch für ihren im Kriege erkrankten und nun noch schwerer leidenden Mann zu ergattern. Da die Bäuerin gerade mit dem Melken der Kühe und Ziegen beschäftigt war, erbat sie sich ein Liter Milch. Natürlich gegen die übliche Bezahlung. Ohne Zweifel glaubte schon die sorgende Frau in den glücklichen Besitz eines Liters Vollmilch zu kommen, aber weit gefehlt. Mindestens 10 Liter Kuhmilch ließ die fromme Bäuerin durch den „Separator“. Die Biergenießliche schüttete sie vor den Augen der darobenden Frau den jungen Schweinen ohne entrastet und frisch gemolken in den Kübel. Tränen standen der Stadtfrau in den Augen, denn gerade Piegemilch wäre natürliche Medizin für den herz- und lungentranken Mann gewesen. Ein Liter Rahm- und 80 Pfennig bekam nun die Frau, um nicht ganz leer hinwegzugehen. (Es wäre u. E. nur am Rande, wenn die Namen solcher Profit- und Ausbeutungselemente genannt würden, um sie und ihre Treiben dem öffentlichen Schandspieß preiszugeben. D. Med.)

Offenburg. Die Dienstag abend in der Mischhalle stattgefundene Versammlung des Arbeiterangehörigen „Freiheit“ beschloß die Betriebsräte wieder aufzunehmen. Sie macht es allen politisch benachteiligten Arbeitern und Arbeiterinnen zur Pflicht, sich dem Verein anzuschließen und an den Proben zu beteiligen. Derselben finden jeweils Donnerstags, abends 8 Uhr, in der „Mischhalle“ statt.

St. Märgen (Schwarzw.), 26. Juni. Durch Mißgeschick geriet der Kassenhof in Brand und wurde vollständig vernichtet. Außer den Kassenbüchern sind auch 10 Schweine mitverbrennt.

Singen a. Hochentwiel, 25. Juni. Auf dem Bahnhof wurden mehrere Gepäcksstücke untersucht, in denen man dann 7000 Schweizerfranken fand, die nach Berlin verschickt werden sollten.

#### Zur Nachahmung anzuhalten.

1. Oberachern, 8. Juni. Die hiesige Maschinenfabrik hat Mitte letzter Woche den Graserwaß ihrer Weizen gegen Hochstapel einer Verleumdung angeklagt. Die Verleumdung ergab nun eine solche Preistreiberei, daß die Verpächter sich zu folgender Erklärung in der Zeitung veranlaßt sah:

„Infolge der gemachten unsinnig hohen Anbote kommt die ausgedehnte Graserwaß nicht zur Ausführung. Wir unterstützen eine derartige Preistreiberei nicht und verpacken daher nur noch aus freier Hand.“

#### „Mechanische Windmühlenscheib“ Oberachern.“

Was müssen da wohl für hohe Angebote gemacht worden sein, wenn diese selbst von der Verpächterin als unsinnig bezeichnet werden. Solche Angebote können eben nur von Leuten gemacht werden, die ihre Erzeugnisse wie Müll, Düster usw. auf dem Schleichwege zu Marktpreisen absetzen. Dem kleinen Manne, dem Arbeiter, wird durch solche Ueberbietungen, die natürlich nur eine Verteuerung der Lebensmittel hervorruhen, die Lebenshaltung trotz der „übertrieben hohen Löhne“ immer schwieriger gemacht.

## Theater, Kunst und Wissenschaft.

### Badisches Landestheater.

#### „Die Meisterfänger“.

— — — gering in Kunst  
das heilige röm'sche Reich,  
uns bliebe gleich  
die heilige deutsche Kunst!

Während um fast dieselbe Zeit das deutsche Volk über seine schwerste Frage entschied, hängen von unserer Bühnen herab jene Mahnworte, deren Gehalt uns erst diese Stunde zum Bewußtsein führte. Möge die blinde Nachgiebigkeit eines rücksichtslosen Gegners uns ausfangen, unser täglich Brot ein schmales sein lassen. Wir haben das Entbehren gelernt. Eins aber können wir uns nicht nehmen, unsere Güter des Geistes, unsere Güter der Kunst! Die Gestalt des Hans Sachs in ihrer edlen Männlichkeit und ihrer tiefen Dergängigkeit, so wie sie uns der größte Künstler aller Zeiten und Völker gezeichnet hat, möge uns als leuchtendes Beispiel vorangehen. Von ihr und von keiner andern wollen wir sagen: „Ich habe den Menschen der Zukunft gesehen.“ So wie Hans Sachs unwiderrlich und bodenständig sein Lagerort verrückt und doch in fester uninger Verankerung mit dem ewig-Balzen der edlen Kunst bleibt, so soll unser vielgeschmähtes „Ideal“ sich gestalten. Wozu im Entfassen und groß im Lieben. In heiter-ernster Wesenheit. Ein nachharter, ein ganzer Mensch. — Das mühten uns am Sonntag die „Meisterfänger“ bedeuten. Kein Werk so wie dieses!

Wer hätte noch nicht gemerkt, daß ihre Aufführung stets einen Festtag bedeutet? Einen Festtag, verkürt durch einen besonders, durch den Hans Sachs von Max Wittner. Wo ist der, dessen Herz nicht von tiefer Ehrung überquillt bei dieser Verherrlichung des Sachs im dritten Akt, wo er zu Eva, wo er zum Volke spricht? Diese Leistung kann ich lediglich nicht überboten werden. Sie ist und bleibt unvergänglich, so mehr man den Künstler

darin zu bewundern Gelegenheit hat. Wir Karlsruher wollen auf diesen Sachs mit ehrlichem Stolz blicken, den wiegt uns ferner auf, heilge er sein bald und wie auch immer. — Wie neulich den Sigmund hat Josef Schöffel den Walthar schon besser gelungen. Gegen früher befindet er sich aber mit den Preisleibtern nicht mehr so sehr auf dem Kriegsfuß. Die Eva von Edith Sajik kann die Sängerin würdig neben ihrer Gattin stellen. Hans Buffards Bedmeister ist ein Kabinettstück. Desmal war nur der Abschied von Sachs im Gegensatz zu der übrigen seinen Charakterisierung zu übertrieben. Ein vornehmer Praguer ist sich Carl Geisen, ein prächtiger Lehnab Karl Seydel. — Neht aber noch eine geringe Feststellung: Als nämlich Walthar auf der Festspiele seinen ersten „Stollen“ singt, und an der Stelle angekommen ist: „ein Garten lud mich ein“, steht Hans auf und rief folgende Bühnenanmerkung: „Die Meister lassen hier ergriffen das Blatt fallen; Walthar scheint es — unmerklich — gewahrt zu haben und fährt nun in freier Fassung fort: „uh“. Früher ließ der Vertreter des Hofherrn die leicht mal das Blatt fallen, jetzt nimmt er überkonst nicht zur Hand. Nebenbei: Doch eher Gefährliche. Der Regisseur sollte nicht vergessen, daß bei Wagner, wo in der Musik sogar das Denken einer Tür zu hören ist, gerade solche „Nebenhandlungen“ nicht außer Acht gelassen werden dürfen. Wo bleibt übrigens die verpöbte „Neu-einbürgerung“? Wohl auch auf jenem berühmten Platz. — Im Orchester war Freise und Wohlklang. Fritz Cortolezzi hatte wieder alles aufs feinste abgetönt. (Die Greichen des Vorpiels, die gedankentiefere Einleitung zum dritten Akt) Brügelchor und Aufzug der Bünde verdienen besonderes Lob.

Kein Werk wie dieses hätte für diesen Tag geeigneter gewählt sein können. Es war ja „auch“ Johannisfest, nicht nur auf der Bühne. Ein Johannisfest, wie in die deutsche Geschichte nicht aufzuweisen hat, und, so wollen wir hoffen, nicht mehr aufzuweisen wird. — So kommt nun der „Friede“. — Und dennoch, wir wollen des eingangs hingestellten Spruchs eingedenk sein, dann möge es für uns in diesem Sinne trotz allem lauten, wenn wir vertrauen auf unsre Kunst! Zum aber lau Johannisfest!

„Wilhelm Tell“ von Schiller. Die Vorstellung zu Einheitspreisen erzielt ein vollständig außerordentliches Haus unter enormer Beteiligung der Schuljugend. Arbeiterpublikum hat man nicht viel gesehen, was man nur bei den Bauern kann, denn man sollte doch annehmen, es wäre in den Reihen der Arbeiter reges Interesse für unsere vornehmen Klassiker vorhanden. Seit Jahr und Tag bemühen sich die Parteilagen, den Direktoren der Theater die Einrichtung billiger Abende nahezu legen, um den ärmeren Schichten zur Teilnahme an den geistigen Gütern der Nation zu verhelfen. Es wirkt nicht anfeuernd auf die Theater, wenn sie erkennen müßten, daß die Arbeiterklasse von der gebotenen Möglichkeit nicht den erwarteten Gebrauch macht. Wir verheßen uns die Schwierigkeiten nicht, die der Pflege echter Kunst aus der Konkurrenz der Kinos und Varietees erwachsen, aber wir haben immer der auf Erhaltung gegründeten Anschauung geschuldigt, daß unter den Arbeitern ein solcher Sturm von Leuten mit gutem Kunstgeschmack vorhanden ist, die die Einrichtung von Volks- und Einheitsabendn dankbar hinnehmen. Es wäre jammervoll, wenn sich deren ganzes Vertrauen nun auf die materielle Bahn schöbe und sich in Lohnkampfen erschöpfte. Freilich haben die Nichtbesucher sich diesmal keinen Gedenken verschert. Nicht als ob die Vorstellung ganz auf das übliche Niveau früherer Volksvorstellungen gesunken wäre, aber es war kein rechter Schwung darin. Entschuldigbar, wenn der Darsteller sieht, daß er nur vor Kindern spielt, die lediglich das Elfenland anzieht und die auch für ein Mittelmaß an Leistungen ein Uebermaß von Applaus bereit halten. Der „Tell“ bedürfte wieder einmal einer gründlichen Auffrischung, auch dekorativ; es hängt viel verbläute, verblühte, flatternde Leinwand herum, die keineswegs reizt. Von den Darstellern darf man die Herren Herz, Baumach, Rajchen mit Auszeichnung nennen; auch Frau Frauendorfer und Herr Schönfeld leisteten Circuliches, wohingegen Herr Galt und Frau Allegri fast ließen. Gossentlich zieht die Wiederholung am Donnerstag mehr erwünschtes Publikum an, was dem Eger der Darsteller auch zu gut käme. M

Die badische Landwirtschaftskammer fordert höhere Schlachtvieh-Hochpreise.

Wie die badische Landwirtschaftskammer mitteilt, hat sie bei der Regierung Vorschläge gemacht, die auf eine Gleichstellung der badischen Schlachtvieh-Hochpreise mit denen der übrigen süddeutschen Staaten hinstellen. Begründet wird diese Forderung mit den bei der Landwirtschaftskammer eingegangenen Klagen, daß die Viehkaufleute, namentlich an der württembergischen und bayerischen Grenze, für die Fleischversorgung der Städte kein Vieh mehr ausführen können. Der Grund liegt darin, daß Württemberg und Bayern die Preise für Schlachtvieh erhöht hätten, was zur Folge habe, daß das billige badische Vieh an der ganzen badisch-württembergischen und badisch-bayerischen Grenze entlang einen bedenklichen Abgang aufweise.

Inwiefern die von der Landwirtschaftskammer vorgebrachten Gründe zutreffen, können wir momentan nicht unteruchen. Aber den Wunschnachdruck, daß die Städte durch Erhöhung der Viehpreise mehr Fleisch bekommen, haben wir schon längst verloren und die realen Tatsachen haben uns recht gegeben. Wir sehen in dem Vorschlage der Landwirtschaftskammer nur die Fortsetzung des Schiens der Schraube ohne Ende. Denn wer gibt der Landwirtschaftskammer die Garantie, daß unsere Grenzstaaten die Viehpreise nicht wieder erhöhen und wir dann wieder auf dem gleichen ungeliebten Punkte angelangt wären, auf dem wir jetzt uns befinden?

Nach unserer Auffassung müßte in der ganzen Lebensmittelversorgung, Preisgestaltung endlich mal etwas Grundlegendes geschaffen werden, das bisherige Fortwurseln muß ein Ende haben. Es sollten Vereinbarungen zwischen allen Bundesstaaten getroffen werden. Was bisher gelang, waren nur Palliativmittel, die zu nichts Gutem geführt haben, wie wir tagtäglich sehen.

Zu den Vorgängen in Mannheim.

Der Regierung sind zuverlässige Nachrichten darüber zugegangen, daß die Sozialisten und Kommunisten die Lebensmittelversorgung politisch auszunutzen versuchen, weitere Unruhen herbeizuführen und es bis zur Ausrufung der Räterepublik treiben wollen. Aus diesem Grund sind in den letzten Tagen hier größere Truppenmassen zusammengezogen worden. Die Regierung hat eine Maßnahme an die hiesige Einwohnerwehr ergreift, die Ruhe zu bewahren, damit nicht der Belagerungsstand erklärt werden muß. Das Verbot der Theater- und Kinoveranstaltungen und die eingeschränkte Polizeistunde sind wieder aufgehoben worden. Die Polizeistunde wurde auf 11 Uhr festgelegt. Ein weiterer Schwereverbrechen, ein 23jähriger Rangenierstücker, der sich bei den Lärmen am Samstag eine schwere Verwundung zuzug, ist seinen Verletzungen erlegen.

Die Verhaftung des Redakteurs der „Tribüne“, Hermann Kemmele von der unabhängigen Sozialdemokratie, ist auf Grund des § 112 des St. R. G. B. (Aufforderung zur Gehorsamsverweigerung gegenüber Personen des Soldatenstandes) erfolgt. Die sozialdemokratische Partei hier beabsichtigt sich in einer Frauenmännerversammlung mit den Führern und dem Aufsichtsrat am Samstag, Hierbei wurde der Volkswehr die der Polizei für ihr tatkräftiges Eintreten dank ausgesprochen. In der Aussprache wurde von einem Redner festgestellt, daß der Führer der Unabhängigen, Hermann Kemmele, tatsächlich in einer Kaserne die Soldaten zur Niederlegung der Waffen aufgefordert habe.

Sozialdemokratische Frauenkonferenz.

(Schluß.)

Weimar, den 16. Juni 1919.

In der Nachmittagsstimmung, die von Genossin Juchacz geleitet wurde, erschien Genossin Wels, um die Frauenkonferenz im Namen des Parteivorstandes zu begrüßen. Er erklärte die Abwesenheit der anderen Mitglieder des Parteivorstandes mit ihrer politischen Tätigkeit. Es sei bekannt, daß gerade der Parteivorstand der Frauenbewegung, die ja auf die Auflösung der größeren Parteien der Bevölkerung Deutschlands gerichtet sei, stets besondere Aufmerksamkeit gewidmet habe. Die erste Zeit der Sozialdemokratie bei Erlangung der Regierungsgewalt sei die Einführung des Frauenstimmrechts gewesen. Diese revolutionäre Tat habe den Parteigenossen häufig genug den Vorwurf eingetragen, sie hätten durch die Einführung des Frauenstimmrechts die Reaktion gestärkt. Die Wichtigkeit dieser Tatsache führte Wels weiter aus, ist nicht zu bezweifeln. Die großen Wahlerfolge des Zentrums und der Deutschen Nationalen Volkspartei sind gewiß in erster Linie auf das Frauenwahlrecht zurückzuführen. Und dennoch sehe ich nicht an, die Einführung des Frauenwahlrechts, die am meisten von den Sozialisten mit heftigen Augen angesehen wird, als reaktionäre Tat zu erklären. Zugabe, daß sie zunächst reaktionär gewirkt hat. Von dem Frauenstimmrecht ist den Frauen aber dennoch eine revolutionäre Waffe in die Hand gegeben, die bei richtig angelegter Aufklärungsarbeit im Dienste der Revolution furchtbar werden wird. Genossin Wels ging dann auf die Friedensfrage ein. Nach laute ein Alp auf den Seelen der Frauen,

Städtisches Konservatorium.

Zum erstenmal: „Künstlerklub“, von Stein und Lindau Musik von Edmund Scheler.

Operette in einem Vorspiel und zwei Akten“ steht dabei Dinge in drei Akten“ nicht ebenso gut? In was denn dies Extraktstückchen; die Geschichte ist doch sonst nichts Besonderes! Heißt „Künstlerklub“ und enthält davon „Blut“ wenig. Skizzierte Handlung, die nicht interessiert, weil man nach fünf Minuten mathematisch genau weiß, was ausgeht. Der Komiker Franz Correlli, die einzige Figur, die interessanter kommt, ist schließlich nichts weiter als ein zahmer und brauer Bajazzo mit grauem Haar, der vielspricht dem einen oder anderen rühmlichen Geschöpf eine Krone anziehen kann; damit hat sich aber. Originelles und über den Durchschnittsstandes findet sich nirgends; kaum auch in der Musik. Im ersten Akt langweilt sie bemähe, wird im zweiten aber besser. Leicht flüchtig und gefällig ist sie ja, aber es bleibt nicht viel davon hängen, und das ist schließlich das Bescheidende. Das Orchesterbühnenbild und der Coupletwalzer des zweiten Aktes sind recht nett, das erste hat bereits im Eingangsengang gefunden; gehört auch dahin. — Wie gesagt, nichts Außerordentliches; eine Vereinerung des einer solchen sehr bedürftigen Repertoires hat dieses Ding keineswegs. Wer sich aber ein bißel unterhalten will, der wird trotz allem nicht zu kurz kommen.

Hans Nordens Regie brachte wieder ein flottes Zusammenspiel und hübsche Bühnenbilder im ersten und dritten Akt. Der Reigen zu Anfang des zweiten war etwas zu dilettantisch. Nebenher selbst hatte den Correlli übernommen und dank seines nicht geringen Talents eine ganz prächtige Gestalt herausgearbeitet; er ließ auch wieder auf der Bühne, nicht in der Manege. An seinen Tänzen muß man stets mehr Stimmaten zur Verfügung haben; damit allerdings zeigte sie sich der Rolle der Sängerin wohl und ganz gewachsen; und darauf kommt es doch schließlich an. Die Schablonenfigur des Alfred statte Franz Scherz mit seiner schönen Stimme aus. Lilly Nelson (Mia) darf nicht fälschen; sonst, wenn auch nicht an Betty Laßinger heranreichend, war sie ganz nett. Ihren Papa spielte ein junger Künstler Hugo Post so gut, wie man eben einer Pantoffelhelden ohne Scharfberührung spielen kann. Seine Gattin hatte Anne Wädeler übernommen. Der Plan von Bernhard Forst war trotz seiner vielen Tadelarbeit ziemlich klar. Auf die

weil die vier Männer, denen das Geschick der Welt in die Hände gegeben sei, unter unerhörter Anwendung der Gehebdiplomatie in einer Weise mit den Völkern umsprängen, wie er in der Geschichte noch nie erlebt worden sei. Nach wiffen wir nicht, ob der Druck dieser furchtbaren Zeit von uns genommen wird. Aber wir wollen hoffen und können hoffen, weil unsere Regierung in dem Willen, uns erträgliche Friedensbedingungen zu verschaffen, fest stehen wird. Werden unsere Hoffnungen geläufig, dann müssen die Frauen hinter den politischen Führern stehen, denn es handelt sich in erster Linie ja darum, der heranwachsenden Generation ein besseres Leben zu sichern.

Sodann erhielt Genossin Gertrud Hanna das Wort zu ihrem Referat

Frauenarbeit und Frauenschuß.

Nach mehr als der Frauenarbeit während des Krieges muß der Lage der gewerkschaftlichen Frau nach dem Kriege die ganze Aufmerksamkeit der politischen Parteien zugewendet werden. Die Hauptfrage lautet jetzt: Wie können wir den Frauen ihren Arbeitsplatz, auf den sie Anspruch haben. Im Hintergrund steht die Frage der Art der Beschäftigung der Frau. Wieviel Frauen, die während des Krieges beschäftigt worden sind, werden wir niemals genau feststellen können. Mit allen Mitteln sind die Frauen in das Erwerbsleben hineingezogen worden. Dabei schied man je nach dem brutalen Zwang nicht zurück. Man entzog den Kriegsfrauen ihre Unterstützung, wenn sie keine Beschäftigung nachweisen konnten. Mit allen möglichen Mitteln preßte man selbst die Kreise der bessergestellten Frauen, die auf Verursachung nicht verzichten wollten. So nötig brauchte man die Frauenarbeit, um die Kriegsarbeit zu leisten. Mit Beendigung des Krieges, ganz gleich, wie er ausfallen würde, muß eine Stodung im Erwerbsleben eintreten. Davon wurden selbstverständlich in erster Linie die Frauen betroffen. Dieser Tatsache hat man leider in Arbeiter- und Arbeiterinnenkreisen nicht frühzeitig genug das volle Verständnis zugebracht. Ja, man hat sogar geglaubt, nach dem Kriege sehe eine solche Neubelebung der Erwerbstätigkeit ein, daß man zu den bereits beschäftigten Frauen auch noch heimkehrende werbe unterbringen können. Das genaue Gegenteil dieser Auffassung ist eingetreten. Die Frauen müssen den Männern weichen. Man kann sich der Forderung schwer verweigern, daß die Frauen den aus dem Kriege heimkehrenden Männern Platz machen müssen. Frauenentlassungen sind in gewaltiger Zahl erfolgt. Es ist die Frage aufgeworfen worden: welches ist das kleinere Übel, die Arbeitslosigkeit der Frau oder die des Mannes? Niemand wird die Frage gern beantworten. Aber bei einer Zusammenkunft der Berufsvereinigungen für weibliche Angestellte wurde von einem Vorstandsmitglied des Verbandes für kaufmännische Angestellte die Erklärung abgegeben, daß im Augenblick, ausdrücklich nur im Augenblick, die Arbeitslosigkeit der Frau das kleinere Übel (Lebhaftes hört, hört!) Diese Auffassung wurde bemerkenswerterweise von der Leiterin einer Vereinigung vertreten, die nur weibliche Interessen wahrzunehmen hat. Der Wiederertritt normaler Verhältnisse ist in der Lage auf dem Arbeitsmarkt auch für die Frauen besser. Es ist aber aufzufallen, daß viele Frauen nur schwer wieder in häusliche und landliche Berufe zurückgeführt werden können. Die Tatigkeit in diesen Berufen wird jetzt bei den Frauen bevorzugt genannt. Ich betone, daß die Frage der Frauenarbeit gegenwärtig überhaupt nicht zu lösen ist. Eine Besserung der wirtschaftlichen Gesamtlage der Frauen beruht nicht auf mir aber durch eine lebhaftere Betätigung der Frauen im politischen Leben, die ihnen die Möglichkeit einer nachdrücklicheren Beeinflussung des Wirtschaftsebens verschaffen würde. (Lebhafter Beifall.) Die Frauen müssen diesen Weg gehen, weil sie in Zukunft, d. h. bei Wiederertritt normaler Verhältnisse, in ungleich höherem Maße als vor dem Kriege zur Erwerbsarbeit gezwungen sind. In Versammlungen wird es heutzutage immer noch lächerlich gefunden, wenn man diesen Punkt berührt und auf die zu erwartende Heiratslosigkeit zahlreicher Frauen hinweist. (Lebhaftes sehr richtig!)

Sodann erhielt Genossin Adele Schreiber das Wort zu ihrem Referat über

Frauenklub.

Ein äußerst wirkungsvoller Weise behandelte sie den großen Komplex von Fragen, die das Wort „Mutterklub“ umschließt. Ueber diese Dinge ist viel geredet worden. Vor dem Kriege ist allein die Wochenzeitung erreicht worden, eine geringfügige Abhängigkeit auf die Forderungen, die im Interesse der Gesundheit der Mütter und für die Schaffung von Grundlagen für eine gesunde heranwachsende Jugend, für eine wirklich wirkliche Lösung aller Fragen der Bevölkerungspolitik aufrecht erhalten werden müssen. In praktischen gelegentlichen Aufgaben verlangte Adele Schreiber einen umfassenden Ausbau der Mutterkassenversicherung. Ganz besonderen Nachdruck legte die Rednerin auf die Fürsorge für die ledigen Mütter und ihre Kinder. Die Verlogenheit der herrschenden Klassen hat gerade gegen diese Klassen unserer Mitmenschen ein ungeheures Schuldverhältnis auf sich geladen. Die Sterblichkeitsziffern der Unselbstigen sind erschreckende Beweise für die menschenverachtende Wirkung, der doppelten Moral. Das Frauenstimmrecht hat den Weg frei gemacht für die Minderheitsklärung der Frauen, die durch die bisherigen Gesetze völlig rechtlos dargestellt haben. Die Rednerin ging auch auf die Friedensbedingungen und ihre Wirkungen für Mutter und Kind ein. Wenn

Sodann erhielt Genossin Adele Schreiber das Wort zu ihrem Referat über

Frauenklub.

Mah-Notta ein starrer Major trotz des Zippelsteins, Paul Wrede kein toller Dr. Cuiusius. — Wilhelm Schwepes Leistung hatte Schwung und Grazie, die Balzer, die übrigens verächtlich nach Entschuldigtem Mutter zugeschnitten sind, erlangen sehr melodisch. Das Publikum, das wiederum in nicht allzu großer Zahl erschienen war, amüsierte sich, klatschte den Darstellern nach Beifall, zeigte sich für Wiederholungen aber nicht sehr aufgelegt. Es genügt auch, wenn man einmal gehört hat!

Schlussspielungen des Münzchen Konservatoriums.

Das Münzchen Konservatorium begann am Samstag nachmittags 4 Uhr mit seinen diesjährigen Schlussspielungen im Eintratsklub. Ein Vorspiel der Anfangs- und unteren Mittelklassen gab Einblick in das rege Schaffen innerhalb der Anstalt. Die beschließende Harmoniemusik brachte eine Neuerung, da dieser Zweig des Ensemblespiels in hiesigen Instituten bisher nicht gepflegt wurde. — Der erste, den Oberklassen vorbehaltene Abend begann mit Mendelssohns G-moll-Konzert für Klavier und Orchester. Herr Hans Aposkel wurde der Schwierigkeiten des Werkes recht gewickelt Herr. Für den Mittelklub siehe ich noch etwas mehr Partikel wünschen. Von Hel. Lydia Schweigert vortragene Lieber zeigte guten Stimmaten auf sich. „Hugenoten“ von Menckner sprach für ihre Können. Ein Konzertino von Mengel für Cello wurde von Herrn Friedr. v. Wabo, abgesehen seiner Mängel in der Intonation, im ganzen ansprechend vorgetragen. Das Besondere in der Musik von Eduard verriet recht sich. Das Studium der Solistin, Fräulein Gertrud Keimer. Das Orchester zeigte sich hierbei besonders auf der Höhe seiner Aufgabe. Darauf sang Herr Johann Wosch mit angenehmer Stimme einige Lieder. Eine Violin suite mit Klavier von G. F. Handel gab einem noch recht jungen Künstler, Karl Dahn Gelegenheit, sich können in überaus glücklicher Selbstverständlichkeit zur Geltung zu bringen. Den Schluß machte das Klavierkonzert in A-dur von Franz Liszt von Fräulein Lucie Daul in durchaus musterhafter Auffassung vorgetragen. Die wunderbare Klangschönheit des Werkes gab dem Orchester reichlich Gelegenheit, seine Vorzüge zu zeigen. Herr Direktor Münz dirigierte dasselbe mit bekannter Umsicht und Tüchtigkeit. Somit ist ihm an dessen Güte der Hauptverdienst zuzuschreiben.

auch die Entente beschlossen hat, daß Deutschland ein großes Gefängnis werden soll, dann wollen wir das Beispiel derjenigen Freiheitkämpfer nachahmen, die noch aus dem Gefängnis heraus die wunderbaren Freiheitslieder hinausgeschickt haben und damit das Gewissen der Welt erschütterten haben. (Lebhafter Beifall und Handklatschen.)

Es folgt die Stellungnahme zu den vorliegenden Anträgen. Ein Antrag auf sofortige Freigabe der noch für militärische Zwecke in Anspruch genommenen Volksschule würde eine einstimmige Annahme. Gegen einen Beschluß des Verfassungsausschusses, der die verfassungsmäßige Beilegung der grundsätzlichen Gleichberechtigung von Männern und Frauen beilegte, wurde einstimmig protestiert. Es wurde die Aufhebung dieser Streichung verlangt. Die Vorträge der Genossinnen Hanna und Schreiber sollen in Broschürenform herausgegeben werden. Schließlich wurde die Herausgabe unserer Zeitschrift würdige Genossin Juchacz das Ergebnis der Frauenkonferenz und feierte den, trotz der Nähe des Tages und der Unsicherheit der inner- und außenpolitischen Lage sicheren Endsieg des Sozialismus!

Aus der Partei.

Das Ende des „Aktionsausschusses“ in Mannheim.

Eine Mitgliederversammlung der Kommunisten in Mannheim hat beschlossen, ihre Mitglieder aufzufordern, aus dem Einigungskomitee auszutreten, denn das, was die Kommunisten von der U. S. P. und S. P. trenne, sei prinzipieller Natur und könne nicht überbrückt werden.

Die Mannheimener „Volkstimme“ schreibt zu diesem und für die Karlsruher Arbeiterkraft recht interessanten Vorgang: Damit hat eine Episode in der Mannheimener Arbeiterkraft ihr Ende erreicht, die, wenn alle Beteiligten das ehrliche Bestreben gehabt hätten, das Proletariat zusammenzuschweißen, hätte Gutes leisten können. So, wie die Sache aber von gewissen Seiten betrieben wurde, trug sie den Keim des Todes in sich und die Erklärung der U. S. P. bestätigt diese unsere Meinung.

Auch in unseren Reihen waren viele Genossen, die glauben, der eingeschlagene Weg sei der richtige. Sie mögen aus der Entwicklung der Dinge erkennen, daß es der Genossenschaft nicht um eine Einigung zu tun ist, sondern diese wollte bei dieser Einigungsaktion lediglich so viel für sich herausgehoben als möglich. Als die U. S. P. und auch ein Teil der U. S. P. haben, daß die Masse der Arbeiter zu sinnlosen und zwecklosen Demonstrationen sich trotz allen Leistungen nicht gebrauchen läßt, piffen sie auf die Einigung des Proletariats und schlichten „prinzipielle“ Meinungsverschiedenheiten vor. Als ob diese „prinzipiellen“ Meinungsverschiedenheiten nicht schon beim Zusammenritt der U. S. P. „Aktionsausschusses“ bestanden hätten. Diese Sache ist doch zu durchsichtig. Sollten die Arbeiter diese mehrfache Handlungsweise noch nicht begreifen?

Turlach, 24. Juni. Jugendbund! Heute abend 10 Uhr im Lokal „Goldener Löwe“ Zusammenkunft. Die Eltern werden gebeten, ihre Söhne und Töchter, die der Schule entlassen sind, in die Veranstaltungen des Jugendbundes zu schicken.

Stillingen, 26. Juni. Kommenden Sonntag nachmittags 3 Uhr findet im großen Nebenzimmer des „Widwen Mann“ eine Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt. In derselben wird Gen. Oskar Trinkl, M. d. d. Nationalversammlung, über die politische Lage und die Stellung der Nationalversammlung anlässlich der Unterzeichnung des Friedensvertrages sprechen. Bei der gegenwärtigen politischen Spannung ist es notwendig, daß sich unsere Parteigenossen in dieser Versammlung zahlreich einfinden und für einen lebhaften Meinungsaustausch sorgen. Auch Leiter der Parteipresse sind eingeladen.

Soziale Rundschau.

Die Angestellten-Tarifbewegung in Rastatt.

„Rastatt, 24. Juni. Am Montag Abend fand in der „Linde“ eine Angestelltenversammlung statt, die von den Angestellten sowohl der Industrie als auch des Handels sehr gut besucht war. Es handelte sich aber auch um sehr wichtige Dinge, nämlich um Beschlußfassung über die Tarifverträge. Dem Bericht über die Tarifverhandlungen erstattete Herr Langhans im Auftrage des Kartells der vereinigten Angestelltenverbände. In der Diskussion wurde lebhaft Klage darüber geführt, daß nicht einmal die Karlsruher Gehaltsätze erreicht wurden. Weide Tarife wurden abgelehnt, der für die Industrie mit 52 gegen 39 Stimmen, der für den Klein- und Großhandel mit allen gegen eine Stimme. Da sich die Handels-Angestellten sehr wohl bewußt sind, daß sie, auf sich allein gestellt, nicht viel erreichen können, richteten sie an die Kollegen in der Industrie die Bitte, ihnen bei dem kommenden Kampfe die Unterstützung nicht zu verweigern. In einer einstimmig angenommenen Resolution verurteilten die Industrie-Angestellten ihren Kollegen und Kollegen im Handel ihre volle Unterstützung. Als Zeichen der Solidarität aller Angestellten ist diese Kundgebung ganz besonders erfreulich. Außerdem wurde dem Kartell und der Tarifkommission das Vertrauen der Versammlung in einer einstimmig angenommenen Resolution ausgesprochen. Das Kartell ist jetzt vor die schwierige Aufgabe gestellt, bessere Verträge zu erreichen. Der Unterstützung der gesamten Angestelltenkraft kann es gewiß sein, denn die Stimmung der Angestellten ist eine äußerst entschlossene. Die Angestellten haben sich mit dem Gedanken vertraut gemacht, zum letzten gewerkschaftlichen Mittel greifen zu müssen, um ihre Forderungen durchzusetzen und die Organisationen müssen sich tatsächlich die größte Mühe geben, um überreife Maßnahmen der — allerdings nicht ohne Grund — empörten Angestellten zu verhindern.

Die Delegierten der städtischen Angestellten-Ausschüsse der Republik Baden fanden sich am Sonntag, den 22. ds. Mts. zu einem allgemeinen Ökonamtage im großen Stadtratsgebäude von Baden-Baden zusammen. Bei dieser Sitzung wurde die Gründung eines Landesverbandes städt. Angestellten-Ausschüsse eingehend besprochen und vorgenommen. Der Sitz des Landesverbandes ist Mannheim. In den vorläufigen Verbandsauschüssen wurden gewählt: 1. Vorsitzender Herr Rößl-Mannheim, 2. Vorsitzender Herr Künne-Baden-Baden, 1. Schriftführer Herr Gabis-Mannheim, 2. Schriftführer Herr v. Au-Forstheim, als Beisitzer die Herren Wabel-Forstheim, Flüge-Offenburg, Sulzer-Baden-Baden und Maier-Freiburg, als Kassier Herr Martin-Freiburg. Der Verband hat sich zum Ziel gemacht sämtliche städt. Angestellten-Ausschüsse in sich zu vereinigen um die wirtschaftliche Besserstellung der städt. Angestellten zu erreichen. Zufrieden sind zu rüchten an den ersten Schriftführer Herrn Wilhelm Gabis-Mannheim, Sekretärin 7

### Kommunalpolitik.

**Karlsruhe, 22. Juni.** Auf Drängen des Konsumvereins hat der Kommunalverband beschlossen, Kundenlisten einzuführen, so daß der Konsumverein in seinem Baden sämtliche vom Kommunalverband zur Verteilung gelangende Lebensmittel an seine Mitglieder verkaufen kann. Ausgenommen sollen davon sein: Brot und Mehl, Fleisch und Fett. Während die Ausnahme beim Fleisch selbstverständlich ist und beim Brot auch, solange der Konsumverein nicht seine eigene Bäckerei hat, will es uns nicht einleuchten, warum nicht Mehl und Fett auch durch den Konsumverein zur Verteilung gelangen sollen. Kann sich denn der Kommunalverband nicht dazu entschließen, die überflüssigen aller Einrichtungen, die städtische Verkaufsstellen, aufzugeben und die betr. Mehl und Fett durch die Geschäfte verteilen zu lassen, bei welchen die Kunden eingeschrieben sind? Wir wollen doch endlich einmal einen Weg zum Schluß finden, der die Hausfrauen wegen 50 Gramm Butter einen weiten Weg zurücklegen müssen. Wenn die Kundenliste eingeführt wird, dann muß ganze Arbeit gemacht werden, nichts halbes.

**Seibelsheim, 24. Juni.** Zu dem schon veröffentlichten Ergebnis der Gemeinderatswahlen ist noch nachzutragen, daß wir seit der letzten Wahl 49 Stimmen zugenommen haben. Aber trotzdem hätten wir anstatt 2 Sitze gut 3 erhalten können, wenn es viele Arbeiter nicht vorgezogen hätten, am Wahlsag zu verreisen oder aus Kleinlichen Gründen fern zu bleiben, weil ihnen dieser oder jener Kandidat nicht paßte. Da könnten sich die hiesigen Arbeiter ein Beispiel nehmen an den bürgerlichen Parteien, bei denen alle zur Wahl gingen. Erfreulicherweise waren im Gegenteil zum letztenmal die Genossen am Wahlsag besser auf dem Damm, besonders abends fanden sich ziemlich Genossen zum Scherperdienst ein, wofür ihnen auch an dieser Stelle herzlich gedankt sei.

Gewählt wurden die Genossen Georg Wolf, Schneider, und Karl Hörle, Depot-Arbeiter.

**Bürgermeisterwahlen in Baden.** Der zweite Wahlgang der Bürgermeistereiwahl in Badenweiler hat zu einem Ergebnis geführt. Der von den vereinigten bürgerlichen und der Sozialdemokratischen Partei aufgestellte Kandidat Jöllin jung wurde mit 222 Stimmen gewählt, während der bisherige Bürgermeister Vertschin 187 Stimmen auf sich vereinigte. — Bei der Oberbürgermeisterwahl am 2. d. M. wurde Dr. Altfeld mit 64 Stimmen gewählt. 27 weiße Stimmzettel wurden abgegeben. — In Hornberg wurde Bürgermeister Gustav Kaufmann (Dem.) mit 29 gegen 25 Stimmen, die auf den sozialdemokratischen Kandidaten fielen, gewählt.

### Der Parteitag in Weimar. — Die Verhandlungen in der National-Verammlung.

**Karlsruhe, 26. Juni.**

Die gestern Abend im Saal 3 der Brauerei Schrempf stattgefundene Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins war wiederum gleich der letzten Versammlung vor 14 Tagen außerordentlich gut besucht. Der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt; auch die Frauen waren in stattlicher Zahl vertreten. Auf der Tagesordnung standen zwei wichtige und aktuelle Berichte aus Weimar, der eine über den Parteitag, der andere über die letzten kürzeren Entscheidungen über den Frieden in der Nationalversammlung. Zum ersten Punkt sprach Parteisekretär Gen. Abele. Der Redner gab in Ergänzung zu unserm ausführlichen Bericht über die Weimarer Tagung in etwa 45 Minuten Ausführungen ein Bild seiner persönlichen in Weimar gewonnenen Eindrücke. Im einzelnen ging Gen. Abele nochmals die verschiedenen zur Beratung gestandenen Punkte durch. Insbesondere konnte er dabei auf die außerordentliche und erfreuliche Einmütigkeit hinweisen, die auf dem Parteitag herrschte. Die Verhandlungen fanden durchweg auf einem hohen Niveau; die zu leistende Arbeit war eine gewaltige, neben und zu der Tagesordnung lagen noch nahezu 300 Anträge zur Beratung und Beschlußfassung vor. In eingehender Weise behandelte Gen. Abele die Reden Scheidemanns über die Aufgaben der Partei und jene Bernsteins über die auswärtige Politik. Die Rede Scheidemanns bedeutete den Höhepunkt der Tagung, während Bernsteins sehr enttäuscht habe. Ein Hauptpunkt sei die Rede Scheidemanns über das Mächtsystem gewesen. Der Verlauf des Parteitages habe voll und ganz befriedigt; im Sinne dieses Parteitages müsse nun von den Genossen und Genossinnen weitergearbeitet werden, dann werde die Partei die große und schwere Aufgabe, die ihrer noch harren, auch erfolgreich und gut erfüllen können. — Mit lebhaftem Beifall dankte die Versammlung Gen. Abele für seine interessanten Darlegungen. Eine Ausdrucksform fand nicht statt, es meldete sich niemand zum Wort.

Zum zweiten Tagesordnungspunkt referierte Arbeitsminister Gen. Müllert über die Friedensverhandlungen in der Nationalversammlung in Weimar. In eindrucksvoller Weise entwickelte Gen. Müllert ein Bild über das Zustandekommen einer Mehrheit in der Nationalversammlung für Unterzeichnung des Friedensvertrags. Er stellte die Frage Ja oder Nein als eine solche dar, die über den Rahmen einer Parteitag hinausstrage. Die Hoffnung, Verbesserungen an dem Vertrage herauszubringen, erwies sich als trügerisch. Für die sozialdemokratische Fraktion war es schwer, das Richtige zu finden angesichts der ungeschwundenen Laufen, die eine Unterzeichnung mit sich bringt. Menschliche Größten taten sich auf innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion, wie er noch nie gesehen. Sie opferten ihre Überzeugung im Interesse der Einheit der Partei. Unter den 5 höchsten sozialdemokratischen Vertretern herrschte nur eine Auffassung für sie war die Gefahr der Beibehaltung ihres Landes mit ihren unabsehbaren Folgen bei Verweigerung der Unterschrift zu lebendig. Redner erläuterte an Beispielen die wirtschaftlichen Folgen bei einer Nichtunterzeichnung, und verurteilte bei dieser Gelegenheit den Eisenbahnerstreik in Mitteldeutschland, der in diesen für Deutschlands Zukunft so wichtigen Tagen angezettelt wurde und Weimar in diesen kritischsten Stunden in Gasnot brachte.

Auf die innerpolitischen Folgen der Friedensfrage übergehend, betonte Gen. Müllert, daß sich hier Gen. Scheidemann in seiner ganzen Größe gezeigt habe. Sonderbar mutet das Verhalten der D. u. L. Demokraten an, bei denen der Ausdruck „Partei-Drohrede“ seine Wiedergeburt feiert. Sie haben sich nicht als Demokraten gezeigt. Als Sprecher der „Demokrat“ Schiffer, hat in dieser großartigen Stunde recht klein gehandelt.

Den deutschen Kapitalismus haben wir abgelehnt, wir müssen aber, wenn der Vertrag streng durchgeführt wird, für den französischen und englischen Kapitalismus arbeiten. Unsere Hoffnung ist nur die, daß die Sozialdemokratie in den Entente-Ländern die politische Macht in die Hände bekommen möge, um den Vertrag abzuändern und einen wahren Völkerver-

trag zu errichten. Unseren Feinden von gestern müssen wir die Fremdenhand reichen. Die Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie sind ungeheuer groß. Es gilt auch die durch den harten Friedensvertrag geschaffene gefährliche nationalistische Welle zu bekämpfen. Kampf gegen den Krieg, Kampf für den Frieden! Nur am Sozialismus kann Deutschland und die ganze Welt genesen! Mit diesen aufmunternden Worten schloß Gen. Müllert seine mit allgemeinem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

In der Diskussion warf Gen. Weßmann, nachdem er die vergangenen kürzeren Tage erwähnte, einen kurzen in berechneten Worten zum Ausdruck gebrachten Mißstand auf die verflochtenen 4 Kriegsjahre mit ihren hunderttausenden Leiden und Entbehrungen für das deutsche Volk. In überflüssiger Weise ließ er die einzelnen wichtigen Gegebenheiten auf politischem und militärischem Gebiet bis zur Revolution Revue passieren — in Parallele damit aber auch die Entstehung der Parteipolitik bis zur Gründung der U.S.P. beleuchtend, und die Geschichte und noch zu leistende Arbeit unserer Partei hervorhebend. Die Kriegspolitik unserer Partei habe durch die Ereignisse ihre volle Richtigkeit bestätigt erhalten. Auch er fand mit seinen Darlegungen eine dankbare Zustimmung.

Im Schlußwort streifte noch Gen. Müllert u. a. die Lebensmittelfrage und betonte, daß wir jetzt schon für 600 Mill. Mark ausländische Lebensmittel erhalten haben, ohne daß wir dafür Produkte zu liefern imstande waren. Es sei ein Wahnsinn, jetzt die Arbeiter zu politischen Streiks aufzupeitschen. Arbeit sei notwendig, um aus der Not der Zeit herauszukommen.

Nachdem der Vorsitzende Gen. Schverdt noch auf die am Mittwoch stattfindenden Bezirksversammlungen und die am 8. Juli stattfindende Frauenversammlung hingewiesen, schloß er die liberale gut und anregend verlaufene Versammlung mit dem Wunsch, daß sich die Genossinnen und Genossen stets so zahlreich einfänden mögen.

### Aus der Stadt.

**Karlsruhe, 26. Juni.**

**Ein amtlicher Rüssel an die Stadtverwaltung.**

Gegen die von uns gestern gerügte Heraushebung des Milchpreises von 68 auf 76 Pf. durch die Stadtverwaltung wendet sich auch die badische Regierung in einer amtlichen Verlautbarung. Es heißt da:

Die Vorwürfe, daß von der Regierung zu wenig geschehe, um die ungerühmte Steigerung der Preise für Lebensmittel u. u. zu verhindern, werden auch gegen die jetzige Regierung erhoben. Solche Vorwürfe sind durchaus unbedeutend. Die Regierung ist unablässig auf das eifrige beizugehen, die Preise möglichst nieder zu halten. Wenn ihr das nicht in dem Maße gelingt, wie sie es jetzt wünscht, so ist das neben der Steigerung der Erzeugnisse zum großen Teil darauf zurückzuführen, daß viele Kreise der Verbraucher sich an die Höchstpreisbestimmungen nicht halten, wodurch die Begehrlichkeit der Erzeuger und der sonstigen Verkäufer fortgesetzt gesteigert wird; insbesondere werden im Schieferwerk die unsinnigen Preise verlangt und bezahlt.

Die Durchführung der Höchstpreisbestimmungen wird aber auch dadurch sehr erschwert, daß einzelne örtliche Stellen die Ueberwachungsmaßnahmen nicht mit der gebotenen Sorgfalt und Umsicht durchzuführen oder sogar selbst den Vorschriften zumiderhandeln. So hat der Stadtrat Karlsruhe den von der Regierung für die Stadt Karlsruhe zugelassen höchsten Verbraucherpreis für 1 Liter Vollmilch von 68 Pf. ohne vorheriges Weichen mit der Regierung auf 76 Pf. festgesetzt. Dies wurde lediglich nachträglich damit begründet, daß die Stadt bei Befestigung eines Verbraucherpreises von 68 Pf. zu große Verluste erleiden würde, wobei jedoch eine genaue Berechnung der Verluste nicht vorgelegt wurde.

Dieses eigenmächtige Vorgehen widerspricht nicht nur den gesetzlichen Bestimmungen, sondern ist um so gefährlicher zu verurteilen, als die Regierung von sich aus eine Erhöhung des bisherigen Spannung zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreis von 12 bis 15 Pf. auf 15 bis 18 Pf. bewilligt und einen Antrag der Städte, den Milchpreis selbständig festlegen zu dürfen, in Uebereinstimmung mit dem parlamentarischen Ernährungsbeirat ausdrücklich abgelehnt hatte.

Diese Ablehnung geschah zunächst aus dem Grunde, weil die bei einer ohne Einschränkung erfolgenden Preisfestsetzung durch die einzelnen Kommunalverbände zu erwartende große Verschwendung der Verbraucherpreise zweifellos schädliche Auswirkungen der Verbraucher hervorgerufen würde, sobald deshalb, weil eine allgroße Spannung zwischen den Erzeuger- und Verbraucherpreisen, die bei dem von der Stadt Karlsruhe festgesetzten Verbraucherpreis 23—26 Pf. für einen Liter beträgt, berechtigter Mißgunst bei den Konsumenten erzeugen würde, schließlich aber auch, weil erfahrungsgemäß manche Kommunalverbände befürchten, beim Vertrieb von Lebensmitteln etwas eintretende Verluste selbst tragen zu müssen, und daher geneigt sind, von vornherein reichlich hohe Preise zu verlangen. Die Regierung kann sich ein derartiges Verhalten nicht bieten lassen und hat die nötigen Maßnahmen ergriffen.

Das städtische Nachrichtenamt bringt demgegenüber eine der in der letzten Zeit üblich gewordenen, den Särden aller Zeitungen bildenden, ellenlangen Entgegnungen, in der vorerwähnt wird, wie hoch die Milch die Stadt kommt, bis sie vom Erzeuger zum Verbraucher gelangt. Demnach würde der Stadt bei Anschaffung des staatlichen Höchstpreises von 68 Pf. ein jährlicher Verlust von 1/2 Million Mark erwachsen, welche Verluste die Stadt auf anderem Wege nicht einzubringen vermöge, weshalb sie den Verbraucherpreis auf 76 Pf. festsetzte habe.

Die Berechnungen der Stadt mögen richtig sein, eine genauere Nachprüfung ist natürlich nicht möglich; aber fragen möchten wir doch, warum denn die anderen Städte, Mannheim vor allem mit dem staatlich festgesetzten Preise auskommen. Liegt es bei uns hier nicht etwa an der uns etwas unumstößlich und schwerfällig wirkenden Organisation? Kören hier nicht auch Ertragsmisse zu erzielen? Der von der Stadtverwaltung gewählte Weg ist allerdings der einfachste und bequenste, aber auch der gefährlichste. Wir meinen, die Stadtverwaltung sollte doch einmal auch prüfen, ob nicht nach der von uns angezeigten Richtung ein Ertragsmisse gemacht werden könnten.

Vielleicht macht man einmal noch der Richtung hin einen Anlauf, daß man die „Gud“-Stellen, die reichlich zahlreich und gut bezahlt vorhanden sein sollen, auf ihre wirkliche Notwendigkeit hin untersucht und sie gegebenenfalls einer Verminderung unterzieht oder in „Schaff“-Stellen umwandelt. Es könnte dann vielleicht einer der sonst überflüssigen Herren einmal eine Untersuchung darüber anstellen, wie es kommt, daß z. B. in die Weststadt ein Quantum von 520 Liter Milch kommt und dort 135 Kranke mit Milchbezug wohnen, während die Südstadt 300 Liter Milch erhält mit nur 65 Kranke. Von den 70 Kranke, die die gestündere Weststadt mehr hat wie die dichter bewohnte und ungesündere Südstadt, dürfte vielleicht mancher in dem oder jenen „besseren“ Hause zu finden sein, dessen Krankheit tiefes Gebelmiss des Hausarztes kein dürfte! In anderen Stadtteilen soll es ähnlich sein.

### Sozialdemokratischer Verein. Morgen Freitag, abends 7 Uhr im Nebenzimmer des „Auerhan“, Vorstandssitzung. Um 8 Uhr im Saal des „Auerhan“ Hauptversammlung.

**Verein Arbeiterjugend (Freie Jugend) Karlsruhe.** Der auf heute abend angesetzt Vortrag des Gen. Schulte von den Naturfreunden muß wegen Verschiebung des Redners um 8 Tage verschoben werden. Heute findet ein Spiel- und Lesabend statt, außerdem die Bepredung der Tageswanderung am nächsten Sonntag. Die Jugendgenossen und Jugendgenossinnen werden gebeten, zahlreich zu erscheinen.

**Käppur.** Sozialdemokratischer Verein. Der Sängerbund Käppur veranstaltet am kommenden Sonntag ein Wohltätigkeitskonzert mit vorzüglichem Programm. Daselbst findet nam. 3 Uhr in der evangel. Kirche statt. Der Ueberreicht wird für die hiesigen Kriegsbeschädigten und deren Familien verwendet. Wir eruchen unsere Mitglieder, die Veranstaltung durch zahlreichem Besuch zu unterstützen.

**Kriegsbeschädigter als Vetter.** Man schreibt uns: Schon oft wurde die Offenlichkeit darauf hingewiesen, daß kein Kriegsbeschädigter genötigt sei, zu betteln, da jeder hilfbedürftige Kriegsbeschädigter durch die bürgerliche Kriegsbeschädigtenfürsorge ausreichend unterstützt wird. Wir sehr dieser Hinweis berechtigt ist, zeigt ein Fall, der sich hier abgespielt hat. Vorgesestern und gestern ereignete auf der hiesigen Kaiserstraße ein mit Ordensbändern geschmückter Vetter, der heftig zitterte, erhebliches Aufsehen. Er erhielt von den Vorübergehenden neben Naturalien namhafte Geldgeschenke. Wie von der zuständigen Fürsorgestelle festgestellt werden konnte, ist der von Ort zu Ort zehende Vetter nicht Kriegsbeschädigter. Er ist auch nicht nebensächlich und nicht Inhaber von Kriegsauszeichnungen. Der Schwinder, der schon mehrere schwere Rechtsstrafen hinter sich hat, hat unter anderem durch sein Betrugsmahnen in Berlin an einigen Abenden schon 3000 „eingenommen. In letzter Zeit wurde er wegen Betrugs und Betrugs gesucht. — Wo Vetter als Kriegsbeschädigter aufzutreten, sollte dafür gesorgt werden; auch umgehend die Kriegsbeschädigtenfürsorgestellen hier, Bäckerstraße 98, oder Schloßbezirk 10, Kenntnis erhalten.

**Ertrunken:** Der 7 Jahre alte Sohn des Schiffers Friedrich Dieckhoff fiel von einem im Rheinhafen liegenden Sarg in das Wasser und ertrank.

### Letzte Nachrichten.

**Spartakistenherrschaft in Hamburg.**

**W. Hamburg, 26. Juni.** Nach den aus der Nacht vorliegenden Meldungen sind alle Regierungsgebäude in Hamburg von den Aufständischen besetzt worden. Ein militärisches Einschreiten ist im Augenblicke nicht möglich, da nicht genügend Truppen zur Verfügung stehen. Im Rathaus hat sich ein Ausschuss gebildet, der die Regierungsmacht über Hamburg in Anspruch nimmt. Die Gefängnisse wurden eröfnet und die politischen Gefangenen befreit und alle Gerichtsakten verbrannt. Von Seiten der Aufständischen sind um die Gefängnisse Geschütze aufgeführt. Die Eisenbahnstationen im Innern der Stadt sind für den Verkehr gesperrt. Nach Berlin ist die Verbindung vorläufig noch in Kraft. Der Hauptbahnhof ist besetzt. Einige Angehörige der Reichswehr sind ermordet worden. Der Kampf hat auf beiden Seiten schwere Opfer gefordert, zumal die Spartakisten über eine Anzahl Geschütze verfügen.

**W. Berlin, 26. Juni.** Die erforderlichen Maßnahmen für die Wiederherstellung der Ordnung in Hamburg sind eingeleitet.

### Die Unterzeichnung.

**W. Paris, 25. Juni.** (Agence Havas.) In dem Bericht über die diplomatische Lage heißt es, daß man die Unterzeichnung des Friedensvertrags für Freitag oder Samstag Morgen erwartet. Italien wird durch Tittoni Ferrarri, Marconi und Crespi vertreten sein. Die italienische Delegation tritt am Freitag in Paris ein. Die Unterzeichnung wird nicht länger als eine Stunde dauern, da die Siegel bereits vorher an den Dokumenten angebracht werden. Der Verband der 400 Einladungen für die Unterzeichnung ist bereits erledigt worden. Danach erhalten die Franzosen, Amerikaner, Engländer und Italiener 30 Platzkarten, die Japaner 20 Platzkarten, während die übrigen am Krüge teilgenommen habenden Staaten sich in den Rest der Plätze teilen. Wilson hat den Wunsch geäußert, Frau, Tochter und Sekretärin an der Unterzeichnung teilnehmen zu lassen. Französischerseits werden außer den Friedensdelegierten und Mitgliedern der Regierung Marshall Joch, Petain und die Generale, die Armeegruppen befehligen, teilnehmen.

Die türkische Delegation hat eine Note überreicht, in der sie ihre Stellung zu den Friedensbedingungen klarlegt.

Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Luisenstr. 24.

### Vereinsanzeiger.

**Karlsruhe.** (Naturfreunde, Photoaktion.) Heute abend 8 Uhr im Lokal Sitzung und Vortrag über das Werkzeug des Photographen. — Sonntag, 29. Juni, Photo-Tour ins Murgtal. Abfahrt 4.20 Uhr nach Gerolzhofen. Für heute und Sonntag ist vollständiges Erscheinen der Photo-Mitglieder erwünscht. — **Durlach.** Sozialdem. Verein. Samstag, den 28. Juni, abends 8 Uhr, im „Lamm“ Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Berichterstattung vom Parteitag. Vollständiges Erscheinen ist erwünscht.

### Unsere filialinhaber,

welche die Zeitungsendungen durch Postüberweisungen erhalten und die Bezieherzahl für Juni uns noch nicht mitteilen, eruchen wir um sofortige Meldung, damit keine Unterbrechung in der Zustellung eintritt.

Verlag des Volksfreunde



### Bad. Landestag für Körperpflege und Jugenderziehung.

Samstag, 28. Juni 1919, ab 9 1/2 Uhr vormittags  
**Landestagung im Ständehaus.**

K.F.V.-Platz (Telegraphenkaserne), 6 Uhr abends  
**Länder-Hockeyspiel**  
Bayern—Baden.

Sonntag, 29. Juni 1919  
**Grosse sportliche Veranstaltungen.**

Albsportplatz (Kühler Krug) ab 9 Uhr vormittags  
**Tennis-Städte-Wettspiel**  
Heidelberg—Karlsruhe.

Rheinhafen (Mittelbecken) ab 9 1/2 Uhr vormittags  
**Wassersportliche Veranstaltungen**  
Wettrudern, Wetschwimmen, Wasserspiele.

K.F.V.-Platz (b. der Telegraphen-Kaserne) ab 3 Uhr nachm.  
**Turnerische Vorführungen**  
**Leichtathletische Wettkämpfe**  
abends 5 Uhr:

**Städte Fussball-Wettspiel**  
Basel—Karlsruhe.

Bei sämtlichen sportlichen Veranstaltungen spielt die Grenadierkapelle, Leitung Obermusikmeister Bernhagen.

Alles Nähere auf den Plakaten, Programmen und in den Vorverkaufsstellen:  
4482  
Sporthaus **Freundlieb**, Kaiserstrasse 185  
Sport- und Reisehaus **Hüller**, Waldstrasse 45  
Fotohandlung **Hugel**, Schützenstrasse 12.

### Konservatorium für Musik

der Landeshauptstadt Karlsruhe.

Unter dem Protektorat Ihrer Königlichen Hoheit der Grossherzogin Luise.

#### Oeffentliche Prüfungen des Schuljahres 1918/19.

Die Prüfungen der Ausbildungsklassen finden im Eintrachtsaal, die der Vorbereitungsklassen im Saal der Anstalt Sofienstr. 43, statt.  
Beginn jeweils nachm. 5 1/2 Uhr. Erste Anfuhr. Montag 30. Juni um 5 Uhr.

- 1. Montag, den 30. Juni: Ausbildungsklassen (Schülerkompositionen unter gefälliger Mitwirkung von Lehrkräften der Anstalt und anderen hiesigen Künstlern). Vorbereitungsklassen.
- 2. Dienstag, den 1. Juli: Ausbildungsklassen (Kammermusik ein- mehrstimmig, Gesang, Instrumentalsoli).
- 3. Mittwoch, den 2. Juli: Ausbildungsklassen (Kammermusik ein- mehrstimmig, Gesang, Instrumentalsoli).
- 4. Donnerstag, den 3. Juli: Ausbildungsklassen (Solospiel und Gesang mit Orchester unter Mitwirkung von Mitgliedern des Orchesters des Landestheaters).
- 5. Freitag, den 4. Juli: Ausbildungsklassen (Madrigale ein- und mehrstimmiger Gesang, Streichquartett, Instrumentalsoli).
- 6. Samstag, den 5. Juli: Vorbereitungsklassen.
- 7. Montag, den 7. Juli: Ausbildungsklassen (Solospiel und Gesang unter Mitwirkung von Mitgliedern des O. d. L.).
- 8. Dienstag, den 8. Juli: Ausbildungsklassen (Kammermusik, Sologeschang, Instrumentalsoli, Chöre).
- 9. Mittwoch, den 9. Juli: Ausbildungsklassen (Klavierlehrer).
- 10. Donnerstag, den 10. Juli: Ausbildungsklassen (Trioquartett und Kammermusik mit Klavier, Gesangs- und Instrumentalsoli).
- 11. Freitag, den 11. Juli: Ausbildungsklassen (Solospiel und Gesang unter Mitwirkung von Mitgliedern des O. d. L.).
- 12. Samstag, den 12. Juli: Vorbereitungsklassen.

Das Eintrittsgeld beträgt: für alle Ausführungen Mk. 3.—, für eine einzelne Aufführung 60 Pfg. Höhere Beträge werden dankend angenommen. Die Einnahme fällt der Grossherzogin-Luise-Stiftung (Hilfskasse der Lehrerinnen des Konservatoriums) zu.  
Die Eintrittskarten und ausführlichen Programme (letztere zum Preise von 80 Pfg.) sind in sämtlichen hiesigen Musikalien- und Instrumentenhandlungen und jeweils vor Beginn der Prüfungen an den Saaltüren zu erhalten. 4455

**Volksbuchhandlung** der sozialdem. Partei befindet sich jetzt **Adlerstrasse 16**

### Gelände für Kleingärten.

In der Nähe des neuen Hauptbahnhofes ist Gelände zum Anlegen von Kleingärten billig zu verkaufen. Nähere Auskunft erteilt 4499  
Terrain- und Baugesellschaft **Siedende H. G. Karlsruhe**  
Sofienstrasse 56. Telefon 545.

### Volksschauspiel Ötigheim

bei Kastatt.  
„Der Stribe, Paradies und Brudermord“  
Aufführung: Jeden Sonntag bis Ende Juli auf grosser Natur-Bühne im Walde. Gefälliger Zuschauerraum mit 4000 Plätzen. Spielbeginn 1/8 Uhr nachmittags. Ende 6 Uhr. Preise der Plätze: Stehpl. 1.—, Sitzpl. 1.50 bis 5.—  
Jugerverbände:  
für Hin- und Rückfahrt ab Kastatt 10<sup>00</sup> 12<sup>00</sup> 1<sup>00</sup>  
Rückfahrt ab Ötigheim abwärts 7<sup>00</sup> 8<sup>00</sup>  
aufwärts 7<sup>00</sup>  
Vorverkauf: Café im Theaterbau, Tel. 61 Kastatt.  
Karlsruhe: Zeitungskiosk Hotel Germania, Tel. 2241.  
Pforzheim: Buch- u. Musikalienhdlg. Müders, Tel. 193.

Prima 4487  
**Einkochgläser,**  
Gummiabstätze, Schlenkschoner, Schuhröfen,  
**Rucksäcke** Mk. 4.50, 5.— usw.  
Rasierartikel, Taschenmesser,  
Feuerzeuge, Brennstoff, etc.  
**Fahrräder mit Gummi,**  
Taschenlampen, Batterien,  
**Auslands-Gummi,**  
Nähähle und Gara  
u. s. w.  
Beachten Sie unser Schaufenster.  
**Nordische Stahlgesellschaft m. b. H.**  
Karlsruhe i. B., Kaisersstr. 87.

**AIA Chemfabrik AG**  
Frankfurt a.M.  
bester **Schuh-Putz**  
Zentralbüro: Bockenheimer-Ldstr. 19  
Tel. Taunus 1761/62, Hansa 7976.

**Neu! Die Nachtzeit! Neu!**  
Sinfonien. Für den Handel freigegeben. Ca. 50 verschiedene entzückende Sujets. 20 Stück Mk. 3.50; 100 Stück Mk. 10.— franco Nachn. Aufsehen erregende Naturaufnahmen! 20 Stück Mk. 7.—; 100 Stück Mk. 30.— franco Nachnahme.  
2 mal bestlag. 1081 Bilde! Bisher 700 000 namnt neuver! Stück verkauft.  
31 10 Bildern zusammengestellt Mk. 3.50; 100 Stück Mk. 20.—. Wiedervert. ufr beneidend bill. Preis.  
**Müller & Pöckel, Ab eig. T. 1, Leipzig, Adlstr. 63**

**Grosse Auswahl in Schuhbedarfs-Artikeln aller Art.**  
Für Schuster und Heimschusterei stets Eingang von Neuheiten in praktischen Schusterwerkzeugen, Gummiwaren, wie Gummiabstätze, Sohlen und Platten, Gummisäuger und Gummischlächte, Bürstenwaren, Leisten. 4360  
**Schuhmacher und Wiederverkäufer erhalten Rabatt.**  
**A. Eisner, Karlsruhe i. B.**  
grösstes Spezialgeschäft am Platze.  
Verkaufsstellen: Kaiserstr. 23, nahe Durlacher Tor, Kaiserstr. 70, nahe Marktplatz, Büro, Engroslager u. Versand: Zähringerstr. 50.

**Keine Wanzen mehr** für nur mit Kammerjäger Berg's Nicaol II zu erzielen. Jetzt beste Zeit zur Brutvernichtung. Erfolg verblüffend. Kinderleicht anzuwenden. Gesehlich geschützt. — Viele Dankschreiben.  
Doppelpack. M. 2.—. Ausreichend für 1-3 Zimmer u. Bett.  
Verkauf: **Fidelitas-Drogerie, Karlsruh. 74, Drog. Rud. W. Lang, Kaiserstr. 72.**  
Bei Eins. v. M. 2.40, oder Postcheckkonto Berlin 31286, portofreie Zusendung nach auswärts d. roh 2218  
**Herm. A. Gressel, Berlin, Königsplatz-Strasse 49.**

**Achtung! Achtung!**  
Verband der Schneiderinnen u. Wäsche-arbeiter Deutschlands, Filiale Karlsruhe.  
Am Freitag, 27. Juni 1919, abends 7 Uhr, findet im „Elefanten“, Kaiserstrasse 42, eine

**Versammlung**  
der Schuhmacherinnen statt.  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht über den Tarifabschluss. Berichter: Kollege Weich. 4430  
2. Verschiedenes.  
Pözzliches Erscheinen erwartet.  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Karlsruhe.  
Samstag, den 29. Juni, nachmittags 4 Uhr, in der Gewerkschaftszentrale

**Versammlung d. Gießereiarbeiter**  
von Karlsruhe und Durlach.  
Tagesordnung:  
Bericht von d. Formerkonferenz in Mannheim  
Referent: Kollege Reichenberger aus Mannheim. 4501  
Um zahlreiches Erscheinen eruchtet.  
Die Branchenleitung.

**Unabhäng. Sozialdem. Partei Karlsruhe.**  
Am Sonntag, 29. Juni, vormittags 10 Uhr, findet im „Colosseum-Saale“, eine **Öeffentliche Volks-Versammlung** statt, in der **Berger = Berlin** über: **„Unsere politische u. wirtschaftliche Zukunft“** sprechen wird. 4485  
Arbeiter, Arbeiterinnen, Bürger und Bürgerinnen, erscheint in Massen.  
Der Vorstand.

**Lubon Via Lima**  
Dann werden Sie ihr Leides fällen können mit dem wohlbelümmlichen Handtrunk, den Sie sich aus **Steigerwald's Rummoftanlag** „An Konserbenglas“ sehr einfach selbst zubereiten. Ein Liter kostet nur 14—15 Pfg. Steigerwald's Rummoftanlag ist in Baden für 50, 100 und 150 Liter Getränk mit oder ohne Süßstoff überaus zu haben. 4445  
Wegzuden Quellen wollen auf Wunsch nach: **S. Steigerwald & Comp., Heilbronn a. N.**

**Badisches Landestheater.**  
Donnerstag, den 26. Juni 1919. 4496  
Donnerstagsmiete Nr. 36.

**Wilhelm Tell**  
Schauspiel in fünf Akten von Schiller.  
Anfang 6 Uhr. Ende 1/10 Uhr.

**Städtisches Konzerthaus.**  
Donnerstag, den 26. Juni 1919. 4497

**Dreimäderlhaus**  
Singspiel in drei Akten von Dr. A. M. Willner und Heinz Reichert. Musik nach Franz Schubert. Für die Bühne bearbeitet von Heinrich Berté.  
Anfang 7 Uhr. Ende 1/10 Uhr.

**Stadtgarten-Restaurant**  
Guten Mittagstisch von 12—2 Uhr (auch im Abonnement) im neu erbauten Gartensaal. Angen. Aufenthalt auch bei schlechter Witterung. 4483  
**Max Schmitz.**

**Email-Geschirre**  
werden dauerhaft repariert (nicht gelötet) 2308  
**Geschirr-Reparaturanstalt**  
Karlsruhe, Rürnerstr. 38, im Hof. Telefon 1421.

**Arbeiter! Werdet für den Volksfreund.**